NRO-REPORT | 2021

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

WIR MISCHEN UNS EIN

Advocacy-Arbeit in der zivilgesellschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit

INHALT

Einführung 4

An die Wurzel der Probleme: Advocacy-Arbeit als wichtiges zivilgesellschaftliches Werkzeug 5

Beispiele aus der Praxis 17

Brasilien: Kein Freund und Helfer 18

Ghana: Die Hase-und-Igel-Strategie 21

Indien: Den Planeten und die eigene Zukunft retten 25

Indien: An der Basis ansetzen 29

Indonesien: Fundierte Recherche als Basis 32

Kenia: Recht für Frauen und Mädchen mit Behinderungen durchsetzen 34

Republik Kongo: Seit Jahrzehnten kein Freiraum für die Zivilgesellschaft 37

Kosovo: Gerechtigkeit für Überlebende sexualisierter Kriegsgewalt 40

Liberia: Alle an einen Tisch 43

Nicaragua: Tauwetter und Eiszeit 47

Senegal: Ein grenzüberschreitendes Netzwerk 50

Tansania: Rente für alle 53

Weltweit: Empowerment für lokale Gemeinschaften 55

Anhang 58

Danksagungen 59

Quellen und weiterführende Literatur 60

VENRO-Mitglieder 64

Impressum 67

VORWORT

Weltweit engagieren sich entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen (NRO) und ihre Partner_innen im Globalen Süden für mehr Nachhaltigkeit, Solidarität und Gerechtigkeit. Sie mischen sich in Politik und Gesellschaft ein, um denjenigen Gehör zu verschaffen, deren Anliegen sonst ungehört bleiben. Ob ungleiche Bildungschancen, fehlender Zugang zum Gesundheitssystem, Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörung: die Entwicklungszusammenarbeit braucht nachhaltige Lösungen für strukturelle Probleme, die nicht nur Symptome bekämpfen, sondern bei den Ursachen ansetzen.

Für diese sogenannte Advocacy-Arbeit entwickeln die NRO im Globalen Norden und Süden gemeinsam Strategien und Ansätze, um wirkungsvoll Strukturen zu verändern und der lokalen Bevölkerung mehr Teilhabe zu verschaffen. Die Themen, Ziele und Ansätze sind dabei ebenso vielfältig wie die Herausforderungen, denen die Organisationen begegnen.

Politisches Engagement trifft nicht immer auf Zustimmung; ganz im Gegenteil – es ist in vielen Teilen der Welt sogar gefährlich. Immer mehr Regierungen schränken die Handlungsräume zivilgesellschaftlicher Organisationen ein. Um die Sicherheit von Partnerorganisationen und von Menschenrechtsverteidiger_innen zu gewährleisten, sind daher wirksame Gegenstrategien und besondere Vorsicht nötig.

Advocacy-Arbeit stellt hohe Anforderungen an die Ressourcen, Netzwerke und Kompetenzen der Organisationen. Insbesondere wirft sie Fragen zu ungleichen Machtverhältnissen und Repräsentation auf, auch zwischen Globalem Norden und Süden. Deutsche NRO sind gefordert, diesen Herausforderungen in ihrer Arbeit kritisch zu begegnen, globale Machtstrukturen zu verändern und Partnerschaften auf Augenhöhe zu führen.

Nicht zuletzt schafft die Digitalisierung neue Formen der zivilgesellschaftlichen Organisation und Kooperation. Das zeigen Bewegungen wie Black Lives Matter oder Fridays for Future. Entwicklungspolitische NRO werden sich zunehmend mit der Frage beschäftigen müssen, wie sie diese neuen Wirkmöglichkeiten nutzen können.

Die vorliegende Broschüre gibt mit 13 Beispielen von VENRO-Mitgliedsorganisationen einen Einblick in die vielfältige Advocacy-Arbeit von NRO aus Deutschland und ihren Partnerorganisationen im Globalen Süden. Mit ihren Geschichten möchten wir inspirieren und Anregungen für einen Austausch über aktuelle und zukünftige Herausforderungen in der Advocacy-Arbeit liefern.

Wesentliche Grundlage des Berichts sind Interviews mit NRO-Vertreter_innen aus dem Globalen Süden und Norden. Den Organisationen, die Beispiele geliefert und Zeit für Interviews aufgewandt haben, danken wir für das solidarische Teilen ihres Wissens.

Ich wünsche Ihnen eine spannende und inspirierende Lektüre!

Heike Spielmans
Geschäftsführerin

EINFÜHRUNG

AN DIE WURZEL DER PROBLEME

Advocacy-Arbeit als wichtiges zivilgesellschaftliches Werkzeug

Gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen bieten Nichtregierungsorganisationen (NRO) insbesondere benachteiligten Gruppen, etwa Frauen, Kindern oder der ländlichen Bevölkerung, vielfältige Unterstützung, um ihre Situation zu verbessern. Sie bauen beispielsweise Gesundheitszentren auf, organisieren Schulmahlzeiten für Kinder oder erarbeiten mit Kleinbäuer_innen nachhaltige Anbaumethoden.

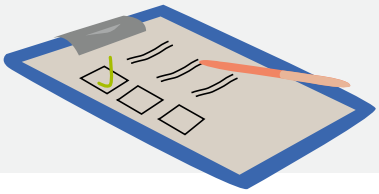
Auch wenn so das Leben vieler Menschen konkret verbessert werden kann, ist Menschenrechtsverletzungen und den Ursachen von Armut mit Hilfsprojekten allein nicht beizukommen. „Es macht keinen Sinn, mit Projekten immer nur an den Symptomen anzusetzen. Man muss die Strukturen angehen“, beschreibt ein langjähriger Mitarbeiter den Erkenntnisprozess seiner Organisation, den auch viele andere entwicklungspolitische NRO teilen.

Neue Anbaumethoden, Saatgut oder konkrete Maßnahmen, um Einkommen zu verbessern, können Armut lindern. Gleichzeitig brauchen Kleinbäuer_innen jedoch Landrechte, damit internationale Konzerne sie nicht von ihren Feldern vertreiben können. Nachhaltige Entwicklung

Bäuer_innen in Koussanar im Senegal erarbeiten in einem Workshop politische Forderungen zum Thema Landrechte. © ENDA Pronat

ist nur möglich, wenn wir die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen ändern, die Menschen den Zugang zu Ressourcen erschweren und ihre Rechte verletzen. Doch viele Betroffene befinden sich in einer benachteiligten Lage – ihnen fehlt die politische Lobby. Mit Advocacy-Arbeit setzen NRO an den strukturellen Ursachen an, indem sie beispielsweise nationale Regierungen und Behörden auffordern, Landrechte durchzusetzen.

> *»Es macht keinen Sinn, mit Projekten immer nur an den Symptomen anzusetzen. Man muss die Strukturen angehen.«*



Das Beispiel der Landrechte zeigt auch, dass sich die Probleme angesichts globaler Verflechtungen und Machtstrukturen nicht allein vor Ort lösen lassen. Denn häufig werden weltweit tätige Konzerne weder von den Ländern, in denen sie sitzen, noch von der internationalen Gemeinschaft ausreichend reguliert.[1] Oft ist es daher notwendig, neben nationalen auch internationale Rahmenbedingungen zu verändern.

Manche NRO im Globalen Norden und Süden ziehen die Motivation für ihre Advocacy-Arbeit aus konkreten Blockaden und Schwierigkeiten, auf die sie bei der Umsetzung ihrer Projekte stoßen. Für andere ist der Auslöser die Erkenntnis, dass Entwicklungszusammenarbeit wirksamer und nachhaltiger ist, wenn Menschen eine Stimme in den Entwicklungsprozessen haben, die sie betreffen, und strukturelle Ursachen von Armut und Ungleichheit beseitigt werden.

Viele entwicklungspolitische NRO haben langjährige Erfahrung in der Advocacy-Arbeit. Insbesondere NRO im Globalen Norden verfolgen den Ansatz, Themen gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen aus dem Globalen Süden auch im eigenen Land oder international anzugehen. Gleichzeitig stärken sie ihre Partnerorganisationen, damit diese sich in ihren Ländern für demokratische Teilhabe und die Rechte marginalisierter Gruppen einsetzen können. Ein zentrales Ziel der Arbeit vieler Organisationen ist, die Zivilgesellschaft im Globalen Süden zu stärken.

Ob langjährige Erfahrung oder eher neues Arbeitsfeld, viele NRO-Vertreter_innen und auch Förderinstitutionen teilen mittlerweile die Überzeugung, dass Projekte und Programme auch an den strukturellen Ursachen ansetzen sollten. Das bedeutet keine Abkehr von der Erfüllung von Grundbedürfnissen, die vielfach weiterhin nötig ist. Vielmehr entwickeln die Organisationen zusätzlich Strategien und Konzepte, wie sie die Advocacy-Arbeit der Partnerorganisationen und der lokalen Bevölkerung stärken und diese mit der Arbeit der Politik- und Kampagnenteams im Globalen Norden verknüpfen können.[2]

1 Fian International (2017), ↘ Landgrabbing und Menschenrechte: Die Rolle von EU-Akteuren im Ausland

2 Beispiele für die Verankerung von Advocacy-Arbeit in Strategien liefern etwa die ↘ Strategie von Oxfam, die strategischen Handlungsfelder des ↘ DVV international oder ↘ Plan Deutschland.

Definition von Advocacy-Arbeit – ein begrifflich und inhaltlich weites Feld

In Literatur und Praxis existieren zahlreiche Definitionen von Advocacy-Arbeit, die sich nicht decken. Viele NRO haben ihr eigenes Verständnis und eigene Leitfäden entwickelt.[3] Im weitesten Sinne bezeichnet Advocacy-Arbeit alle Prozesse und Aktivitäten, um auf Entscheidungsträger_innen Einfluss zu nehmen und den Anliegen benachteiligter Gruppen in Politik und Gesellschaft, in Gesetzgebung und Rechtsprechung Gehör zu verschaffen. Im Sinne der Anwaltschaft nehmen zivilgesellschaftliche Organisationen häufig die Rolle von Fürsprecherinnen für die betroffenen Menschen ein. Ihre Advocacy-Arbeit beruht daher auf Vertrauen, Glaubwürdigkeit und gemeinsamen Zielen.

Durch Advocacy-Arbeit sollen gesellschaftliche und politische Veränderungen auf verschiedenen Ebenen erreicht werden.[4] Sie geht damit über die sogenannte Lobbyarbeit hinaus, die direkt Einfluss auf politische Entscheidungsträger_innen nimmt: Auch das Erzeugen öffentlichen Drucks, etwa durch Kampagnen, gehört zu den Instrumenten. Besonders Unternehmen rücken aufgrund ihrer großen Gestaltungsmacht zunehmend in den Fokus.

Advocacy-Arbeit ist auch eng verbunden mit dem Verständnis der NRO für die Qualität ihrer entwicklungspolitischen Projekt- und Programmarbeit, wie es in den Istanbul-Prinzipien oder den VENRO-Qualitätsleitlinien[5] festgehalten ist. Zum einen ist sie ein wichtiges Mittel, einen menschenrechtsbasierten Ansatz umzusetzen, da sie Menschen darin unterstützt, ihre Rechte einzufordern und staatliche Stellen in die Verantwortung zu nehmen. Zum anderen stärken NRO mit ihrer Advocacy-Arbeit Menschen, um auf für sie wichtige politische Entscheidungsprozesse einzuwirken und fördern damit inklusive Teilhabe als wichtiges Prinzip ihrer Entwicklungszusammenarbeit.

3 Beispielsweise HEKS (2011), ↘ Konzept: Advocacy in der Entwicklungszusammenarbeit oder CARE International (2014), ↘ The CARE International Advocacy Handbook

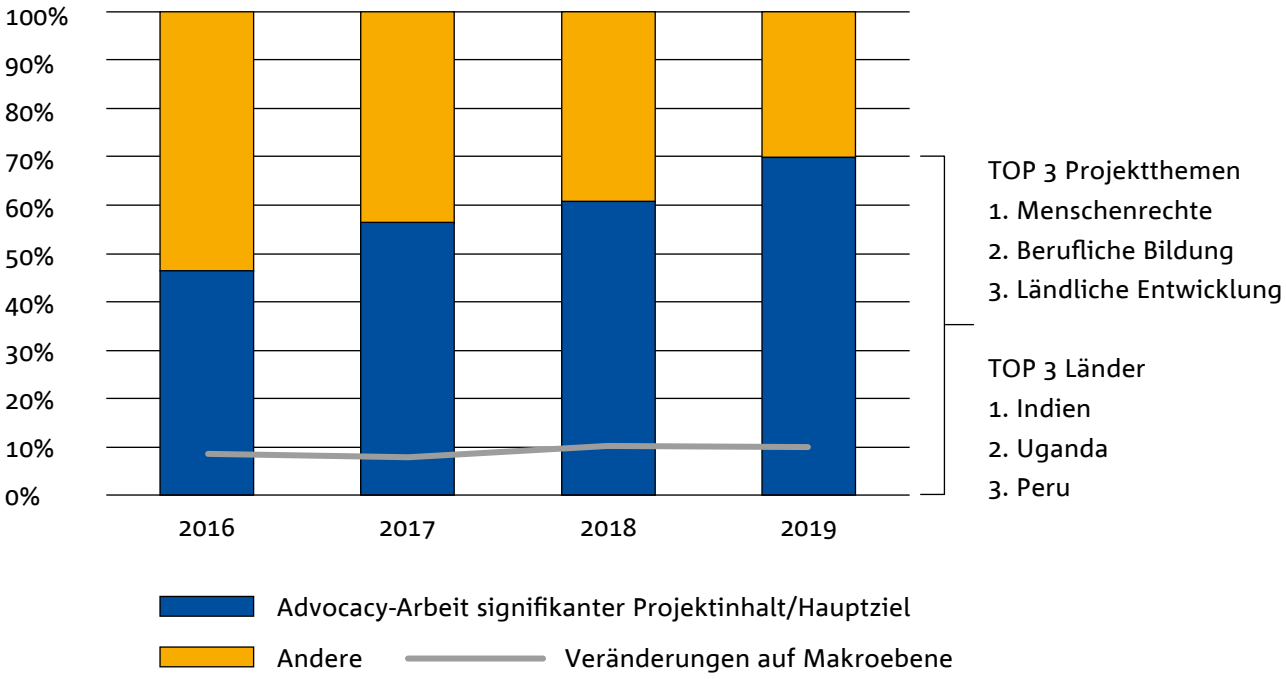
4 In der Literatur wird häufig auf ein breites Konzept von Advocacy und die verschiedenen Wirkungsebenen verwiesen, siehe Moriaru & Brennan (2009), ↘ Effective Advocacy Evaluation: The Role of Funders oder Brot für die Welt (2012), ↘ Wirkungsorientierung von Advocacy. Eine Handreichung für Planung, Monitoring und Evaluierung von Advocacy-Arbeit

5 VENRO (2019), ↘ Leitlinien für die entwicklungspolitische Projekt- und Programmarbeit

Viele Wege führen zum Ziel – Advocacy-Arbeit in der Projekt- und Programmarbeit

Wie entwicklungspolitische NRO die Advocacy-Arbeit in ihrer Projekt- und Programmarbeit gestalten, ist unterschiedlich. Die Beispiele in dieser Broschüre sind ein kleiner Ausschnitt aus dieser Vielfalt; jedes steht mit seiner Geschichte für sich. Sie alle geben einen Einblick in die Vorgehensweisen und Herausforderungen der NRO im Globalen Norden und Süden und zeigen, dass mit den Themen, Zielen und Adressat_innen auch die jeweiligen Aktivitäten und Herangehensweisen vielfältig sind.

Anteil der Advocacy-Projekte im Titel Private Träger*



* Der Anteil der Advocacyprojekte umfasst diejenigen Projekte, die im jeweiligen Jahr einen Weiterleitungsvertrag ausgestellt bekommen haben und bei denen die DAC-Kennung „Partizipative Entwicklung und gute Regierungsführung“ (PD/GG) mit 1 (signifikanter Projektinhalt) oder 2 (Hauptprojektziel) bewertet wurde. Der Anteil derjenigen Projekte, die eine Wirkung auf der höchsten strukturellen Ebene (Makroebene) anstreben, wurde über die Zuweisung von Verwaltungskostenpauschalen ermittelt.

Abbildung 1: Eigene Darstellung auf Basis von Daten von Engagement Global

Der Anteil der Projekte, die Advocacy-Arbeit als wesentlichen Inhalt haben und Ziele auf struktureller Ebene verfolgen, ist in den letzten Jahren gestiegen, wie Daten von Engagement Global zeigen (siehe Abbildung 1). Gleichzeitig spiegeln sich auch hier die Vielfältigkeit und die unterschiedlichen Definitionen von Advocacy-Arbeit: Die Projekte streben Veränderungen auf der Mikro-, Meso- oder Makroebene an und decken eine Vielzahl von Themen und Sektoren ab.

Den Interviews mit NRO-Vertreter_innen aus dem Globalen Norden und Süden lassen sich einige Aspekte entnehmen, die für die gemeinsame Advocacy-Arbeit von Bedeutung sind.

Gemeinsam stark: Advocacy-Arbeit in langfristigen Partnerschaften

Erfolgreiche Advocacy-Arbeit braucht Flexibilität und einen langen Atem: Das ist eine der wesentlichen Botschaften der interviewten NRO-Vertreter_innen. Die meisten berichten von gemeinsamen Advocacy-Vorhaben, die sich über viele Jahre erstrecken. Auch Studien zur Wirkung von Advocacy-Arbeit haben festgestellt, dass nachhaltige Veränderungen viel Zeit brauchen – die sich allerdings nicht exakt beziffern lässt.[6] Eine Machbarkeitsstudie der Welthungerhilfe ergab beispielsweise, dass der Aufbau tragfähiger Strukturen für eine Dialogplattform mindestens sieben Jahre braucht.[7] Viele Vorhaben setzen sich aus einer Reihe von Projektphasen über Jahre und Jahrzehnte zusammen.

In den Interviews zeigte sich auch, dass die Partnerschaften unterschiedlich gestaltet werden und die Rollen, die die Partner_innen aus dem Globalen Norden und Süden einnehmen, variieren. In einigen Fällen brauchen Partnerorganisationen lediglich eine Finanzierung ihrer Arbeit, in anderen entsteht ein enger gemeinsamer Prozess. Viele der Interviewten betonen, wie wichtig eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist. Auch wenn Initiativen und Prioritäten für die Advocacy-Arbeit von den Partnerorganisationen und der lokalen Bevölkerung kommen, gilt es bestehende Machtungleichgewichte kritisch zu reflektieren – beispielsweise, dass die Arbeit hauptsächlich aus dem Globalen Norden finanziert wird.

Charakteristisch für die gemeinsame Advocacy-Arbeit ist, dass notwendige Veränderungen sowohl im Land der Partnerorganisation als auch in Deutschland oder international erfolgen müssen. Viele Organisationen in Deutschland verbinden ihre Advocacy-Arbeit hierzulande mit der Perspektive, dem Wissen und den Erfahrungen der Partner_innen. Umgekehrt profitieren die NRO im Süden vom Zugang zu deutschen oder internationalen Entscheidungsträger_innen.

6 Barret, van Wessel & Hilhorst (2016), ↘ Advocacy for Development - Effectiveness, Monitoring and Evaluation

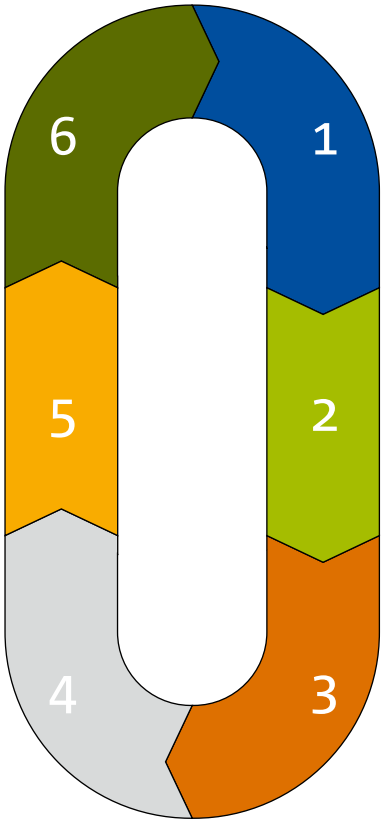
7 Siehe das Beispiel der Rights&Rice Foundation und Welthungerhilfe

Kein Patentrezept: Strategien der Advocacy-Arbeit werden flexibel an den Kontext angepasst

Welche Strategien und Methoden erfolgsversprechend sind, hängt von einer Vielzahl interner Faktoren ab, etwa den personellen Ressourcen oder der spezifischen Expertise der NRO. Hinzu kommen externe Faktoren, wie die Zugänglichkeit von Entscheidungsträger_innen oder der politische und gesellschaftliche Kontext.[8] Advocacy-Arbeit bewegt sich dabei in unsteten, oft ungerechten Rahmenbedingungen und Machtstrukturen. Strategien und Aktivitäten werden deshalb häufig flexibel und kreativ an die jeweiligen Verhältnisse angepasst.

8 Barret, van Wessel & Hilhorst (2016), ↘ Advocacy for Development - Effectiveness, Monitoring and Evaluation

Der Advocacy-Planungszyklus in sechs Schritten



1 Ziele und Unterziele bestimmen: Was ist die Veränderung, die erreicht werden soll? Welche Teilziele helfen, das Gesamtziel zu erreichen?

2 Adressat_innen, Stakeholder und Forderungen definieren: Gibt es Verbündete? Wer sind die relevanten Entscheidungsträger_innen, die zum Ziel der Advocacy werden? Was sollen diese tun?

3 Risiken bewerten, Advocacy-Strategie und Aktionsplan entwickeln: Welche Strategien sind angesichts des Risikos, der verfügbaren Ressourcen, Ziele und Zwischenziele am besten geeignet?

4 Geeignete Botschaft entwickeln: Wie kann über die angestrebten Veränderungen gesprochen werden? Welche Botschaft motiviert die Menschen zum Handeln?

5 Taktische Vorgehensweise wählen: Wie können die ausgewählten Zielgruppen möglichst effektiv angesprochen werden?

6 Implemetierung und Evaluierung: Schritte des Plans umsetzen und regelmäßig bewerten, um in Zukunft effektiver zu sein.

Abbildung 2: Beispiel für die strategische Planung von Advocacy-Arbeit – Eigene Darstellung nach Lifeline Fund for Embattled CSOs (2020), Advocacy in Restricted Spaces: A Toolkit for Civil Society Organisations

Exkurs: Strategische Planung von Advocacy-Arbeit

Verschiedene Handbücher geben konkrete Tipps für die strategische Planung, das Vorgehen und die einzelnen Schritte von Advocacy-Arbeit – zum Teil am Beispiel von einzelnen Handlungsfeldern und mit Lernmodulen:

- ↘ Advocacy accelerator
- Brot für die Welt (2012), ↘ Wirkungsorientierung von Advocacy
- CARE International (2014), ↘ The CARE International Advocacy Handbook
- Center for Evaluation Innovation (2015), ↘ The Advocacy Strategy Framework – A tool for articulating an advocacy theory of change
- Oxfam International (2020), ↘ Influencing for Impact Guide
- Pact (2018), ↘ Politically Smart Advocacy

Gemeinsam stark: Ein breites Bündnis von NRO in Deutschland setzte sich 2021 für ein Lieferkettengesetz ein, das Unternehmen verpflichtet weltweit menschenrechtliche Sorgfaltspflichten einzuhalten. © Greenpeace

„Verglichen mit einem ländlichen Entwicklungsprojekt, für das sich noch eine klare Wirkungskette aufstellen lässt, ähnelt Advocacy dem Billardspiel: Einmal in Gang gesetzt erreicht der Spielball nur über das Bewegen anderer Kugeln und gegebenenfalls über Banden das Ziel, eine bestimmte Kugel zu versenken", beschreibt das Brot für die Welt in einer Handreichung.[9]

Dementsprechend vielfältig sind die Vorgehensweisen der NRO. Sie organisieren Konferenzen und Dialogveranstaltungen, lassen sich als Expert_innen in Gremien einladen oder beraten und trainieren Behörden. Sie starten aber auch öffentlichkeitswirksame Kampagnen, dokumentieren Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen oder führen juristische Klagen. Sie unterstützen Aktivist_innen, mobilisieren die Bevölkerung oder organisieren Demonstrationen und Boykottaktionen.

Häufig bewegen sich NRO bei der Wahl ihrer Vorgehensweise in einem Spannungsfeld zwischen

9 Brot für die Welt (2012), Wirkungsorientierung von Advocacy, Eine Handreichung für Planung, Monitoring und Evaluierung von Advocacy-Arbeit, S. 718

Kooperation und Konfrontation. Gehen sie enge Beziehungen zur Regierung und eine intensive Kooperation ein, laufen sie Gefahr, vereinnahmt zu werden oder ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Gleichzeitig sind vertrauensvolle Beziehungen zum politischen Gegenüber ein Schlüssel zum Erfolg. Kooperation und Konfrontation müssen einander jedoch nicht ausschließen: In den meisten der hier vorgestellten Beispiele agieren die Organisationen als Expert_innen und wählen kooperative Wege der Beeinflussung. Konfrontation wird punktuell notwendig, um etwa durch öffentlichen Druck die Bereitschaft der Gegenseite zur Kooperation zu erhöhen.

Advocacy-Arbeit braucht vielfältige Expertise, Ressourcen und Kompetenzen

Aufgrund dieser Vielfältigkeit und Komplexität stellt erfolgreiche Advocacy-Arbeit hohe Anforderungen an die Organisationen und ihre Mitarbeitenden.

Eine wichtige Voraussetzung ist Expertise. Durch ihre Projekt- und Programmarbeit verfügen entwicklungspolitische NRO über Fachwissen und praktische Erfahrungen in entwicklungspolitisch relevanten Bereichen. Sie kennen die Bedarfe und Anliegen der Menschen, mit denen sie arbeiten. Dieses Wissen können sie nutzen, um Datengrundlagen zu schaffen, Probleme zu erklären und Lösungsansätze zu entwickeln. Und sie können konkrete Lösungen aufzeigen, die von politischer Seite aufgegriffen werden. Viele Organisationen berichten, dass Fachwissen und fundierte Recherche eine zentrale Grundlage für ihre Advocacy-Arbeit sind. So können sie ihre politischen Forderungen mit harten Fakten belegen und werden gefragte Ansprechpartner_innen für politische Entscheidungsträger_innen und Behörden.

Einige NRO führen eigene Forschung durch und vernetzen sich dazu mit wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen wie Fachverbänden, Menschenrechtsorganisationen, Forschungseinrichtungen oder Universitäten.

Zusätzlich benötigt Advocacy-Arbeit auch politisches Verständnis, juristische Expertise, starke Netzwerke und tragfähige Organisationsstrukturen.

»In einem Bündnis lässt sich oft mehr erreichen: Die gemeinsame Botschaft wird verstärkt, wenn sie aus unterschiedlichen Perspektiven vorgetragen wird.«

Ein häufig benannter Erfolgsfaktor für die Advocacy-Arbeit sind gute Beziehungen zu Entscheidungsträger_innen und einflussreichen Unterstützer_innen sowie zivilgesellschaftliche Netzwerke und Allianzen mit Akteur_innen aus Wissenschaft, Privatwirtschaft oder Politik. In einem Bündnis lässt sich oft mehr erreichen: Die gemeinsame Botschaft wird verstärkt, wenn sie aus unterschiedlichen Perspektiven vorgetragen wird. Gleichzeitig können die Organisationen voneinander lernen und Ressourcen, Wissen und Kontakte teilen.

Viele Partnerorganisationen im Globalen Süden wünschen sich Unterstützung beim Auf- und Ausbau von Netzwerken, Kompetenzen und Organisationsstrukturen, etwa durch Schulungs- oder Austauschangebote zu Themen wie politischer Analyse, Strategieentwicklung, Wissensmanagement oder Netzwerkbildung. Das so-

Aktivist_innen in Thailand starten Proteste für Demokratie in 2020. © Goldenhearty/shutterstock

genannte Capacity Development ist daher ein wichtiger Teil der Advocacy-Arbeit.[10]

Shrinking Space: Besondere Herausforderungen für die Advocacy-Arbeit

Wenn NRO sich politisch engagieren, gegen soziale Missstände vorgehen oder Menschenrechte einfordern, ist das vielen Regierungen und Mächtigen ein Dorn im Auge. In immer mehr Ländern gehen Regierungen hart gegen die Zivilgesellschaft vor und versuchen, missliebige Stimmen zu unterdrücken. Das Schlagwort „Shrinking oder Closing Space" beschreibt diesen besorgniserregenden Trend. Laut CIVICUS, einem globalen Netzwerk, das die weltweite Lage zivilgesellschaftlicher Handlungsräume beobachtet, können nur rund zwölf Prozent der Menschen weltweit weitestgehend ungehindert ihre Meinung sagen, sich versammeln und gegen Missstände kämpfen. In 114 von 196 Staaten werden bürgerliche und politische Grundrechte massiv eingeschränkt.[11]

Das erfahren auch viele VENRO-Mitglieder und ihre Partnerorganisationen: Restriktive Gesetze und bürokratische Anforderungen lähmen ihre Arbeit. Immer mehr Länder beschränken oder verbieten, unabhängige zivilgesellschaftliche Arbeit aus dem Ausland zu finanzieren. Besonders Partnerorganisationen, die sich in politisch brisanten Bereichen wie Menschenrechtsfragen engagieren oder sich offen kritisch äußern, geraten ins Visier der Behörden. Dort, wo politische und wirtschaftliche Macht auf dem Spiel steht, gehen Regierungen immer häufiger besonders hart

10 Mehr dazu in der Handreichung VENRO (2017), ↘ Was macht Capacity Development von NRO erfolgreich?

11 ↘ Monitor Tracking Civic Space

gegen die Zivilgesellschaft vor. Gewalt gegen Aktivist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen, ihre Bedrohung und Kriminalisierung nehmen weltweit zu.

Shrinking Space: Weitere Informationen

- Brot für die Welt, ↘ Atlas der Zivilgesellschaft
- ↘ CIVICUS Monitor
- ↘ Freedom House
- Lifeline Fund for Embattled CSOs, Advocacy in Restricted Spaces: ↘ A Toolkit for Civil Society Organisations
- VENRO-Arbeitsgruppe ↘ Stärkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume

Repressionen und restriktive staatliche Politik gegenüber zivilgesellschaftlichem Engagement bedeuten nicht, dass keine Advocacy-Arbeit möglich ist. Es ist im Gegenteil besonders wichtig, sich in solchen Kontexten zu engagieren, um Handlungsräume zu erhalten oder zu erweitern. Die Herausforderung besteht darin, geeignete Methoden und Strategien anzuwenden, Möglichkeiten und Risiken genau zu analysieren und flexibel auf Veränderungen in den Rahmenbedingungen zu reagieren.

Die Antworten sind dementsprechend vielfältig. Viele Organisationen gehen einen Weg des „low profile“ oder auch der „quiet advocacy“.[12] Die NRO im Globalen Süden haben weniger Probleme mit staatlichen Stellen, wenn sie als soziale Dienstleistungsorganisation auftreten, anstatt zu Menschenrechtsfragen oder Gerechtigkeitsthemen zu arbeiten. Viele bleiben deshalb mit ihren politischen Aktivitäten strategisch unter dem Radar und wählen für ihre Kommunikation nach außen weniger politische oder kritische Themen. Sie nutzen soziales Engagement oder Bildungsprojekte, um Menschen über ihre Rechte aufzuklären oder Teilhabe zu stärken. Eine gute Praxis ist auch, Kontakt mit lokalen oder regionalen Regierungen und Behörden zu konkreten Projektthemen aufzunehmen. Häufig sind diese Ebenen deutlich zugänglicher und pragmatischer und es lassen sich im Dialog auch strukturelle Lösungen finden.

Wenn Advocacy im Inland gefährlich ist, kann „Druck von außen“ durch internationale Regierungen ein wirksames Mittel sein. Aber nicht immer ist eine solche Offensiv-Strategie angesagt, denn manche Regierungen reagieren darauf mit größeren Repressionen. Was in einem Land gefährlich ist, kann anderswo sinnvoll sein – und umgekehrt.

Weil politisches Engagement in restriktiven Kontexten gefährlich werden kann, hat der Schutz von Partnerorganisationen und engagierten Personen oberste Priorität, denn diese gehen die größten Risiken ein. Sie wissen die Situation vor Ort, ihre eigenen Spielräume und wirksame Strategien am besten einzuschätzen. Internationale NRO können sie unterstützen, etwa indem sie sichere Orte für Treffen organisieren.

12 VENRO (2017), ↘ Was macht Capacity Development von NRO erfolgreich?

Unterdrückung der Zivilgesellschaft in Myanmar: Menschen protestieren landesweit gegen den Militärputsch. © R. Bociaga/shutterstock

Einige NRO-Vertreter_innen berichten, dass es für sie in den letzten Jahren immer wichtiger wird, sich mit Schutzmechanismen für Menschenrechtsverteidiger_innen zu beschäftigen. Schließlich trage eine Organisation Verantwortung, wenn sie Menschen bei Advocacy-Tätigkeiten unterstütze, die sie in Gefahr bringen können. Deshalb haben viele NRO entsprechende Strukturen aufgebaut. Fortbildungen und der Aufbau von Netzwerken gehören ebenso dazu wie die Unterstützung von Hilfsfonds, aus denen bei Bedarf schnell und unbürokratisch ein Rechtsbeistand, ein Ticket für die Flucht oder ein neues Smartphone finanziert werden können. Dabei müssen deutsche NRO die Hilfs- und Vorsorgemaßnahmen nicht immer selbst ausführen, sondern können auch spezialisierte Organisationen beauftragen.

Advocacy braucht flexiblere Förderbedingungen

Die dargestellten Anforderungen und die Komplexität stellen NRO vor Herausforderungen bei Planung und Monitoring sowie einer nachhaltigen Finanzierung von Advocacy-Projekten.

Da die Ergebnisse und Wirkungen der Advocacy-Arbeit weniger plan- und messbar sind als bei Hilfsprojekten, braucht es besondere Methoden, die der Komplexität der Wirkungszusammenhänge und der Langfristigkeit der Veränderungen Rechnung tragen – beispielsweise eine Theory of Change oder narrative Methoden[13].

Die Förderlogik vieler Zuwendungsgeber_innen mit kurzen Laufzeiten und unflexiblen Plänen zu Budgetverteilung, Zielen und Indikatoren machen die Umsetzung von Advocacy-Projekten oft mühsam und zeitaufwändig. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Projekte in der Regel viel Personal benötigen. Gerade für kleinere Organisationen sind dies hohe Hürden.

VENRO weist seit langem darauf hin, dass für eine erfolgreiche entwicklungspolitische Arbeit langfristige Förderung und die Möglichkeit zu flexiblen Anpassungen von Projekten und Programmen notwendig sind.[14] [15]

13 Van Wessel (2018), ↘ Narrative Assessment: A new approach to evaluation of advocacy for development

14 VENRO (2021), ↘ Zivilgesellschaft stärken durch verbesserte Förderbedingungen

15 VENRO (2020), ↘ Von der Wirkungsbeobachtung zur Wirkungsorientierung

Allerdings hat auch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ein Umdenkprozess stattgefunden. Seit einigen Jahren fördert es über Projekte zur unmittelbaren Verbesserung der Lebenssituation bestimmter Bevölkerungsgruppen hinaus explizit politische Arbeit und Advocacy. So können NRO für Advocacy-Vorhaben höhere Verwaltungskosten und häufig auch längere Laufzeiten beantragen.

Ausblick

Die Frage, wie die gemeinsame Advocacy-Arbeit mit Partnerorganisationen nachhaltige strukturelle Veränderungen erreichen kann, beschäftigt viele NRO seit langem. Die Beispiele in diesem Report zeigen Herausforderungen und Erfolge, die zum gemeinsamen Lernen anregen sollen.

Über einzelne Themen und Strategien hinaus, gibt es aber auch Entwicklungen, mit denen NRO sich zukünftig noch stärker beschäftigen und für die sie gemeinsam Antworten finden müssen.

→ Um der Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume zu begegnen, braucht es wirksame Gegenstrategien und solidarische Allianzen. Dazu gehört auch gesellschaftlichen Narrativen entgegenzuwirken, die die Zivilgesellschaft diffamieren und diskreditieren. Der Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen wird zunehmend ein Arbeitsbereich für entwicklungspolitische NRO.

→ Gerade in der Advocacy-Arbeit konfrontieren Fragen von ungleichen Machtverhältnissen und Repräsentation zwischen Globalem Norden und Süden die deutschen NRO mit Herausforderungen. Sie sind gefordert, in ihrer Arbeit kolonialen Denkmustern kritisch zu begegnen, globale Machtstrukturen zu verändern und Partnerschaften auf Augenhöhe zu führen. Hierzu bedarf es einer selbstkritischen Reflexion ungleicher Machtverhältnisse sowie der Einführung neuer Arbeitsweisen und Strukturen.

→ Im Zuge der Digitalisierung entstehen neue Formen der zivilgesellschaftlichen Organisation und Kooperation im Globalen Norden und Süden. Ohne große Ressourcen und Strukturen finden sich Menschen dezentral zusammen und setzen sich in Bewegungen wie Black Lives Matter oder Fridays for Future für ihre Interessen und für Veränderungen ein. Hashtags wie #MeToo gegen sexualisierte Gewalt oder #EndSARS gegen Polizeigewalt in Nigeria werden auf Twitter und Instagram millionenfach geteilt. Daraus können für NRO neue Wirkmöglichkeiten und Vernetzungen entstehen, mit denen sich viele Organisationen vertieft beschäftigen möchten.

BEISPIELE AUS DER PRAXIS

KEIN FREUND UND HELFER

Brasilien **Kinderrechtsorganisationen bekämpfen im Globalen Norden und Süden Polizeigewalt**

CEDECA Sapopemba und terre des hommes

Nirgendwo sonst werden so viele Menschen umgebracht wie in Brasilien. Die Hotspots sind São Paulo und Rio de Janeiro – und ausgerechnet Polizist_innen gehören zur Haupttätergruppe. Jeder fünfte gewaltsame Tod geht auf ihre Rechnung, in manchen Gemeinden liegt die Quote sogar bei 45 Prozent. Kinder und Jugendliche – insbesondere Jungen aus ärmeren Familien – sind überdurchschnittlich gefährdet, auf diese Weise ihr Leben zu verlieren.[16]

Befeuert wurde diese deprimierende Entwicklung durch ein 2016 verabschiedetes Dekret, das den zivilen Gerichten bei Polizeigewalt die Zuständigkeit entzogen hat. Nun ist die Militärjustiz verantwortlich. Präsident Bolsonaro und weitere Mitglieder seiner Regierung ermutigen Polizist_innen, hart durchzugreifen und sichern ihnen weitgehende Straffreiheit zu.

terre des hommes Deutschland engagiert sich seit über 20 Jahren in Brasilien und arbeitet seit 2013 mit dem Kinderrechtszentrum CEDECA Sapopemba in São Paulo zusammen. Auch viele Kinder und Jugendliche bei CEDECA wurden Opfer von Polizeigewalt, Mitarbeiter_innen werden massiv bedroht. In Rio de Janeiro wurde die junge Lokalpolitikerin Marielle Franco, die die Gewaltexzesse der Polizei anprangerte, auf offener Straße erschossen. Hauptverdächtige sind zwei ehemalige Militärpolizisten.

In einem vom BMZ geförderten Projekt werden die Kinderrechtsverletzungen systematisch beobachtet, dokumentiert und an die Öffentlichkeit gebracht. Die Methoden reichen von kreativen Aktionen wie Karnevalsumzügen für Kinderrechte über klassische Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit bis hin zur Unterrichtung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Die NRO organisieren psychologische Unterstützung und Schutzmaßnahmen, beraten juristische Schritte und das weitere Vorgehen bei der politischen Arbeit. Bei allen Schritten steht die Sicherheit von Kindern, Jugendlichen und Projektmitarbeiter_innen im Vordergrund. Eine interne Fachgruppe von terre des hommes zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger_innen begleitet das Projekt.

Kinder und Jugendliche sind bei allen Aktivitäten stark beteiligt. Ziel ist es, sie zu stärken und ihnen Methoden beizubringen, wie sie Konflikte deeskalieren können. Im Rahmen eines von Jugendlichen getragenen Straßenfußballprogramms sollen sie Vertrauen zueinander gewinnen und ler-

16 ↘ Polícia mata mais homens, negros e jovens no estado de São Paulo, zitiert von terre des hommes

nen, Streit gewaltfrei zu lösen. Darüber hinaus unterstützen die NRO die Mädchen und Jungen, sich auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene zu vernetzen und sich politisch zu äußern. Höhepunkte sind Konferenzen, zu denen terre des hommes Gäste wie die UN-Sonderbeauftragte für Kinder in bewaffneten Konflikten einlädt, mit denen die jungen Teilnehmer_innen direkt diskutieren können. Auch Treffen mit Wissenschaftler_innen und Diplomat_innen finden gelegentlich statt.

Drei Viertel der Tötungen in Brasilien geschehen mit Handfeuerwaffen – viele davon stammen aus Deutschland. Den Ermittlungen zufolge starb Marielle Franco durch eine Kugel aus Armeebeständen, abgefeuert aus einer Heckler&Koch-Maschinenpistole. Zwischen 2009 und 2018 lieferte Deutschland nach Angaben des International Peace Research Institutes (SIPRI) in Stockholm deutlich mehr Waffen nach Brasilien als jedes andere Land.[17]

17 Für die Jahre 2008 bis 2018 ergeben sich folgende Werte für ↘ Exporte von Rüstungsgütern nach Brasilien: Deutschland 544 Mio. US-Dollar, USA 478 Mio., Frankreich 416 Mio., Russland 175 Mio.

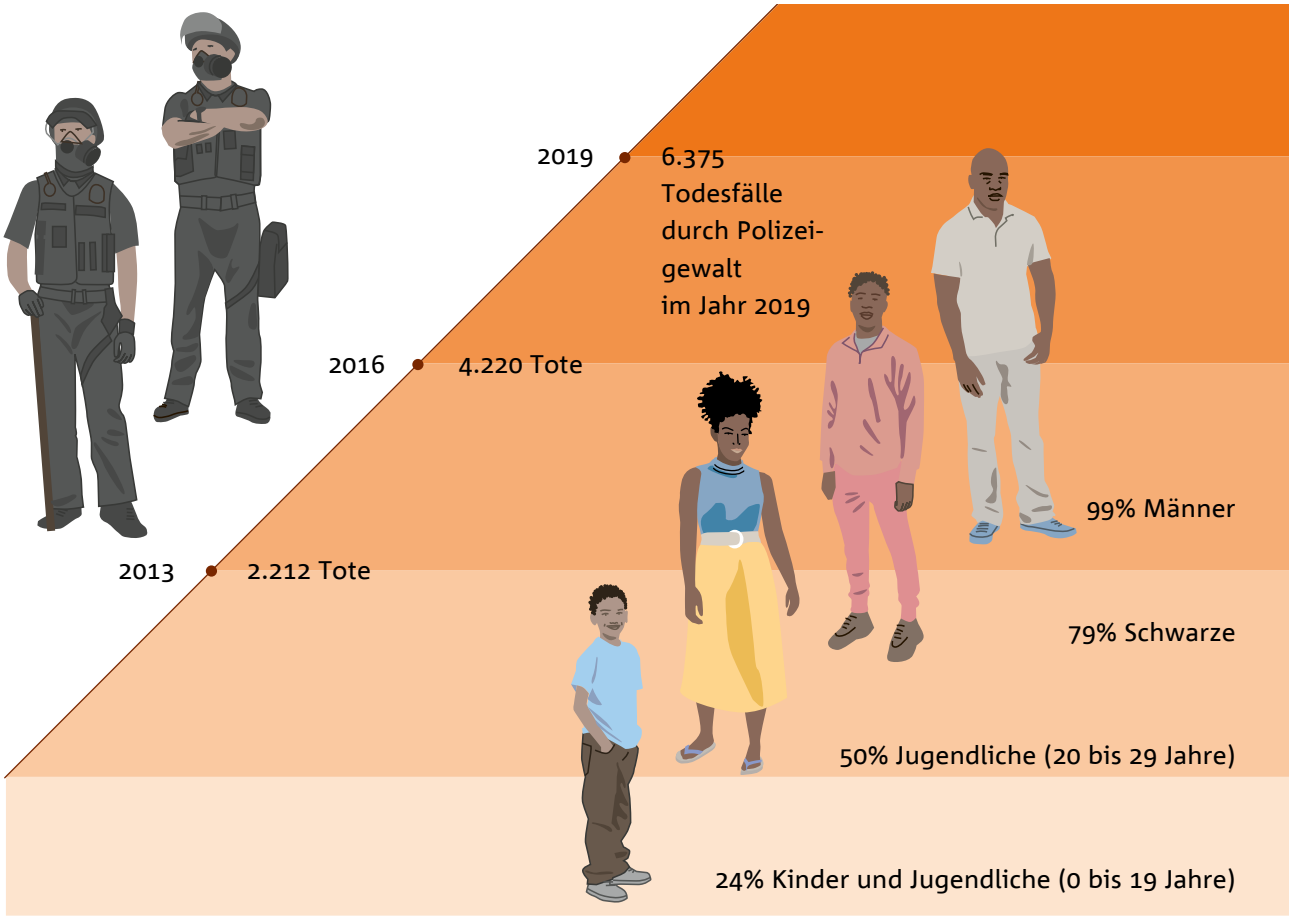


Abbildung 3: Dramatische Ausmaße der Polizeigewalt in Brasilien – Grafik aus terre des hommes (2021), ↘ Hört auf zu töten – Polizeigewalt gegen Kinder und Jugendliche in Brasilien und Waffenhandel

terre des hommes setzt sich zusammen mit anderen NRO dafür ein, alle Waffenexporte nach Brasilien zu stoppen. Politik und Öffentlichkeit in Brasilien und weltweit sollen möglichst viel über die Fakten und Fälle erfahren. 2018 und 2019 organisierte terre des hommes deshalb Lobby- und Veranstaltungsreisen von jungen Mediatorinnen aus São Paulo nach Deutschland. Sie klärten BMZ und Außenministerium, Bundestag, Fachkreise und die Öffentlichkeit über die Lage in Brasilien sowie die deutschen Waffenlieferungen auf. Abgeordnete und Mitarbeiter_innen der Ministerien versprachen, sich gegenüber dem brasilianischen Botschafter und anderen Stellen für Verbesserungen einzusetzen.

Zugleich luden die brasilianischen Gäste Mitarbeiter_innen der deutschen Botschaft und des Entwicklungsministeriums ein, CEDECA Sapopemba in São Paulo zu besuchen. Einige Zeit später kam sogar Entwicklungsminister Gerd Müller zu Besuch und sprach mit Kindern und Jugendlichen. Das Auswärtige Amt versicherte Ende 2019 gegenüber terre des hommes, dass Kleinwaffenexporte nach Brasilien nicht mehr genehmigt würden. Die neuen Exportstatistiken bestätigen das – allerdings geht der Export anderer deutscher Rüstungsgüter nach Brasilien unvermindert weiter. Außerdem importiert Brasilien deutsche Kleinwaffen zunehmend über andere Länder, unter anderem große Mengen von Sig-Sauer-Pistolen, die die deutsche Firma inzwischen in den USA fertigen lässt.[18]

Dieser Beitrag entstand mit Unterstützung von terre des hommes.

18 ↘ Waffenboom in Brasilien

Kinder und Jugendliche beim Straßenfußball in São Paulo © Ralf Willinger/terre des hommes

DIE HASE-UND-IGEL-STRATEGIE

Ghana NRO aus dem Globalen Norden und Süden engagieren sich gemeinsam für eine faire Kakaoproduktion

Social Enterprise Development Foundation of West Africa (SEND) und INKOTA-netzwerk

Ghana ist nach der Elfenbeinküste der zweitgrößte Kakao-Lieferant der Welt. Etwa ein Fünftel des Schokoladenrohstoffs stammt von hier, vier Millionen Bäuer_innen und Erntehelfer_innen verdienen damit ihr Geld. Trotzdem war der Kakaoanbau in der öffentlichen Diskussion in Ghana bis vor einigen Jahren allenfalls ein Randthema. Dabei gibt es viele Probleme: Die Produzent_innen verdienen oft so wenig, dass sie kaum ihre Grundbedürfnisse befriedigen können. Außerdem fallen dem intensiven Anbau in Monokulturen nicht nur Wälder zum Opfer: Der starke Einsatz von Pestiziden gefährdet auch Menschen und Umwelt.

„Ich hatte mich schon seit längerem gefragt, warum es bei uns keine NRO gibt, die sich explizit darum kümmert, die Kakao-Bäuer_innen in der Advocacy-Arbeit zu stärken“, berichtet Sandra Kwabea Sarkwah von der Social Enterprise Development Foundation of West Africa (SEND) in Ghana. Zwar gibt es viele Initiativen, die Schulungen für den Anbau anbieten, es fehlt den Bäuer_innen jedoch an Unterstützung, sich für Verbesserungen auf politischer Ebene einzusetzen. Kwabea Sarkwahs Organisation ist in anderen Sektoren aktiv und hatte immer wieder mit dem Thema zu tun, doch einen Austausch oder gar eine gemeinsame Advocacy-Strategie dazu gab es nicht. Der nationale Bäuer_innenverband ist staatlich initiiert und zielt vor allem darauf ab, die

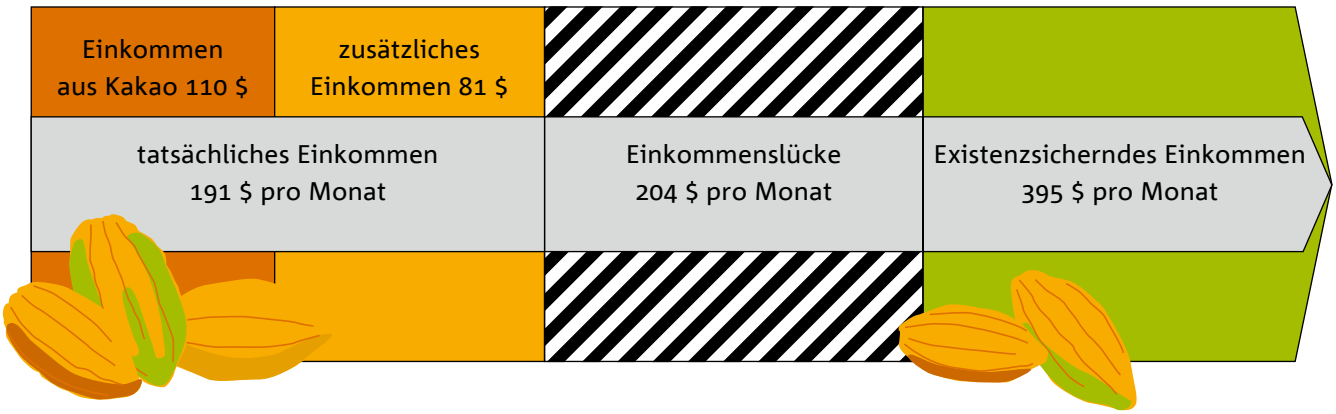


Abbildung 4: Die durchschnittlichen Einkommen für Kleinbauernfamilien liegen unter dem Existenzminimum – Grafik aus der Studie ↘ Menschenrechtsverletzungen im Kakaoanbau von INKOTA.

Exportmengen zu steigern. Die Produzent_innen erhielten durch den Verband zwar konkrete Unterstützung, fühlten sich jedoch nicht ausreichend repräsentiert.

Auch bei INKOTA stand am Anfang die Beobachtung, dass das Thema Kakao in Deutschland wenig wahrgenommen wird. Während viel über die Herstellungsbedingungen von Kaffee berichtet wurde, fand der Schokoladenrohstoff kaum öffentliche Aufmerksamkeit. 2013 startete die NRO deshalb zunächst die klassische Kampagne „Make Chocolate fair!“.[19] Aktionen, Petitionen und Öffentlichkeitsarbeit erzeugten in Deutschland viel Interesse. Während der dreijährigen Kampagne lud INKOTA einige Kakaobäuerinnen und -bauern aus Ghana nach Deutschland ein. Darüber hinaus gab es jedoch keine Absprachen mit Partner_innen aus dem Globalen Süden. In Deutschland drehte sich die Diskussion vor allem darum, ob die Siegel von Rain Forest Alliance und Fairtrade sowie unternehmerische Selbstkontrolle den Produzent_innen helfen oder lediglich der Beruhigung von Kund_innen dienen.

„Zunehmend bekamen wir bei der Kampagne ein ungutes Gefühl, da der Austausch mit den Produzent_innen und der Zivilgesellschaft in den Ländern selbst fehlte“, beschreibt Evelyn Bahn von INKOTA die damalige Situation. 2017 reiste sie deshalb nach Ghana, um Kooperationspartner_innen unter den lokalen NRO und Bäuer_innenverbänden zu finden. Bei ihren Recherchen traf sie

19 ↘ Make Chocolate Fair

Kakaoernte in Ghana © INKOTA

auch den Geschäftsführer von SEND, dessen Organisation gerade angefangen hatte, eine landesweite Vernetzungsplattform rund um die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDG) aufzubauen. Die Organisation verfügt nicht nur über vielfältige Kontakte insbesondere zu NRO, die sich für soziale Belange engagieren, sondern hat auch ähnliche Vorstellungen wie INKOTA über die notwendigen Inhalte und das Vorgehen in der politischen Arbeit. „Wenn wir über die Zukunft des Kakaoanbaus sprechen, müssen wir soziale und ökologische Probleme zusammen denken und politisch auf verschiedenen Ebenen agieren, um Strukturen zu verändern", bringt Kwabea Sarkwah ihre Perspektive auf den Punkt. Gemeinsam begannen die beiden Organisationen, den vormals toten Winkel auszuleuchten und die Leerstellen aufzufüllen.

„Das Thema Kakao ist in Ghana politisch. Es geht um viele Arbeitsplätze", fasst Bahn zusammen. Ein Hauptgrund für die niedrigen Kakaopreise ist die weltweite Überproduktion. Ein Ausweg wären Anbausysteme, die die Bäuer_innen unabhängiger von einem einzigen Produkt machen. Doch solch ein Umbau kostet Geld – und Ghanas Regierung hatte angekündigt, die Kakao-Produktion noch einmal um ein Drittel steigern zu wollen. Dabei setzte sie unbeirrt auf agroindustrielle Methoden. Zwar gibt es in Ghana keine Plantagenbetreiber_innen, sondern viele Kooperativen von Kleinproduzent_innen. Doch die sind alle sehr zurückhaltend, Probleme zu benennen oder Forderungen zu stellen. „Sie wollen nicht als Gegner der Regierungslinie wahrgenommen werden, weil sie Nachteile fürchten", sagt Kwabea Sarkwah. Schließlich sind alle Bäuerinnen und Bauern bei der Vermarktung gezwungen, eng mit der staatlichen Kakaobehörde zusammenzuarbeiten, die direkt dem Finanzminister untersteht. Sie reguliert nicht nur den Export, sondern stellt auch Beratung und Unterstützung bereit, etwa wenn sich Schädlinge in den Monokulturen auszubreiten drohen.

Am Ende entschieden die beiden NRO, dass SEND angedockt an die SDG-Plattform ein Netzwerk zum Thema Kakao aufbauen sollte. Fördergeld kam vom BMZ. Das SEND-Team stellte fest, welche Menschen und Institutionen in Ghana zusammenwirken müssten, um grundlegende Ver-

SEND und INKOTA setzen sich bei gemeinsamen Veranstaltungen für ihre politischen Ziele ein. © INKOTA

besserungen zu erzielen. Es holte Umweltgruppen, Menschenrechtsorganisationen und andere Vereinigungen an Bord. Auch fünf Kooperativen traten bei. Im März 2019 startete die Ghana Civil Society Cocoa Platform mit 20 Organisationen. INKOTA und Rainforest Alliance, die die Arbeit der lokalen NRO ebenfalls mit Ressourcen unterstützen, sind nicht unmittelbar eingebunden, werden aber als Kooperationspartner_innen geschätzt.

„Es geht uns darum, Transparenz in den Sektor zu bekommen, die Lage der Kakaobäuer_innen zu verbessern und für mehr Umweltschutz zu sorgen", fasst Kwabea Sarkwah zusammen. Dafür spielen

sich die Beteiligten gegenseitig die Bälle zu. Weil NRO keine Angst haben müssen, Vermarktungslizenzen zu verlieren, können sie der Politik und Verwaltung gegenüber Dinge ansprechen, die die Kakaobäuerinnen und -bauern lieber nicht öffentlich äußern.

Bereits im Herbst 2018 fand ein erstes Vernetzungstreffen mit europäischen NRO in Deutschland statt. „Wir können ganz klar feststellen, dass die Partner aus Ghana seither zunehmend in strategische Diskussionen einbezogen werden“, freut sich Bahn. Ein Beispiel ist das Lieferkettengesetz: Die Infos aus Ghana helfen hier bei der Advocacy-Arbeit in Berlin und Brüssel. Umgekehrt haben die ghanaischen NRO großes Interesse an Hintergrundinformationen zu der 2021 gestarteten EU-Initiative für eine Partnerschaft mit Ghana und der Elfenbeinküste, um die Nachhaltigkeit im Kakaosektor zu verbessern. „Das ist ein gegenseitiges Geben und Nehmen: Die europäischen NRO verstehen, was bei uns los ist und können das für ihre Arbeit nutzen, und wir erfahren Dinge, durch die wir bei unserer Regierung ganz anders auftreten können“, sagt Kwabea Sarkwah. Wie bei der Fabel vom Hasen und Igel gelingt es den beiden NRO, ihre im Vergleich zu den Konzernen schwache Position durch kluge Kooperation und raschen Informationsaustausch zunehmend auszugleichen. Stück für Stück wachsen Netzwerk und Einfluss – und dabei werden die Positionen immer differenzierter.

Die Partner_innen aus Ghana bringen ihre Expertise bei gemeinsamen Veranstaltungen ein. © INKOTA

Bis vor kurzem waren Pestizide im Kakaoanbau in Deutschland kein Thema, weil die chemischen Substanzen nicht durch die dicken Schalen der Kakaobohnen dringen. Aus Perspektive des Verbraucher_innenschutzes gibt es also kein Problem – wohl aber für die Menschen, die auf den Feldern arbeiten. Dazu läuft jetzt eine Fallstudie. Deren Ergebnisse will INKOTA für die Advocacy-Arbeit nutzen, um ein Gesetz gegen den Einsatz von Pestiziden zu erwirken.

Dieser Beitrag entstand auf Basis von Interviews mit Evelyn Bahn von INKOTA und Sandra Kwabea Sarkwah von SEND.

DEN PLANETEN UND DIE EIGENE ZUKUNFT RETTEN

Indien Kinder organisieren sich gegen Klimawandel und Umweltzerstörung

Children Movement for Justice (CMCJ) und Kindernothilfe

„Es geht um unser Recht zu überleben", betont Maruthupandi. Der 17-Jährige engagiert sich bei der indischen Klimainitiative Children Movement for Climate Justice (CMCJ), die 2008 in seinem Bundesstaat Tamil Nadu begann. In der Gegend rund um das Provinzstädtchen Virudhunagar unterstützte das Ressource Center for Participatory Development Studies (RCPDS) damals Landfrauen.

Viele Mädchen und Jungen halfen ihren Müttern auf den Feldern und erfuhren, dass sich die Bedingungen für die bäuerliche Bevölkerung immer weiter verschlechtert hatten. „Als mein Großvater jung war, gab es noch viel Wasser im Fluss, als mein Vater jung war, kam das Wasser schon überwiegend aus Brunnen. Für mich gibt es Wasser nur noch aus Flaschen – und welches Wasser werden meine Kinder noch trinken können?", fragt Maruthupandi, der die zwölfte Klasse besucht.

Die Kindernothilfe organisierte damals Workshops für die Töchter und Söhne der Landfrauen, in denen sie an Wochenenden Grundkenntnisse über Kinderrechte und politische Einflussnahme erworben. Nachdem eine Art Kinderparlament getagt hatte, waren einige so begeistert, dass sie selbst eine Klima- und Umweltinitiative gründeten. „Am Anfang waren es 30 Kinder, inzwischen sind wir 12.000 – und das in fünf indischen Bundesstaaten", sagt Maruthupandi mit hörbarem Stolz.

Die Kindernothilfe unterstützt sie nicht nur finanziell und organisatorisch. „Wir lernen von ihr, wie wir am besten vorgehen und wen wir ansprechen müssen, um etwas erreichen zu können. Und sie hat viele Partner und vernetzt uns mit ihnen", berichtet Maruthupandi.

Weltweites Advocacy-Projekt

Mit einem weltweiten Advocacy-Projekt läutete die Kindernothilfe 2019 den strategischen Perspektivwechsel innerhalb der eigenen Organisation ein. Sie befragte Partnerorganisationen und rund 8.000 Kinder in verschiedenen Ländern, um herauszufinden, welche politischen Themen in den Augen der Kinder vordringlich sind – siehe dazu Kindernothilfe (2019), ↘ 30 Jahre Kinderrechtskonvention. Kinderrechte dürfen keine Träume bleiben – Die Bedeutung der Advocacy-Arbeit der Kindernothilfe und ihrer Partnerorganisationen für die Verwirklichung von Kinderrechten.

In einer Selbstdarstellung der Organisation heißt es: „Wir, die Mitglieder des Children Movement for Climate Justice (CMCJ) fühlen, dass wir etwas tun können und müssen, um die einzige Erde zu retten, die wir haben, indem wir unsere Kräfte bündeln und organisiert vorgehen."

CMCJ bringt einfache, für Kinder verständliche Informationen heraus und erregt Aufmerksamkeit durch Aktionen wie eine 700-Kilometer-Rallye oder die Teilnahme an großen Klimademos. Die Organisation engagiert sich auch praktisch im Umweltschutz und hat schon 100.000 Bäume gepflanzt. Eine Unterschriftensammlung sollte die indische Regierung bewegen, das dritte Zusatzprotokoll der Kinderrechtskonvention[20] zu unterzeichnen, damit Kinder und Jugendliche ein individuelles Beschwerderecht nutzen können. Auch für die Installation von Solaranlagen engagiert sich CMCJ. Viele Mitglieder tragen die Themen in Schulen, Kinderclubs und die schon seit längerem existierenden Kinderparlamente. Die meisten CMCJ-Mitglieder kommen aus armen Familien und sind zwischen zwölf und 18 Jahre alt – aber auch als junge Erwachsene bleiben viele dabei.

20 Das dritte Zusatzprotokoll zum Individualbeschwerdeverfahren trat 2014 in Kraft. Es eröffnet Kindern die Möglichkeit, sich bei der Verletzung ihrer Rechte beim UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes zu beschweren. Mit diesem zusätzlichen Instrument kann die Kinderrechtskonvention noch wirksamer umgesetzt werden.

Gruppenbild der Engagierten bei einer Veranstaltung. © CMCJ

Padma engagiert sich bereits seit 2012 bei CMCJ. Sie lebt im südostindischen Bundesstaat Karnataka, hat als Kind ihren Eltern auf dem Feld geholfen und in einer Reismühle Geld verdient. Heute macht sie eine Ausbildung zur Krankenschwester. „Es gibt so viele Probleme bei uns: Unser traditionelles Saatgut verschwindet, Pestizide vergiften die Erde, es gibt regelmäßig Dürren und überall liegt Müll herum. Viele Bauernfamilien haben zu wenig zu essen und Mädchen werden oft ganz jung verheiratet," zählt sie auf. Alle diese Probleme hingen miteinander zusammen.

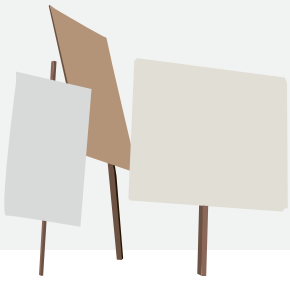
Im Zentrum der Advocacy-Arbeit stehen die in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen verbrieften Rechte. Aus ihnen leitet die Initiative vielfältige Forderungen ab. Diese tragen die Gruppen inzwischen gleichermaßen auf lokaler, regionaler und bundesstaatlicher Ebene an Politiker_innen und Verwaltungen heran.

An vielen Orten reagiert CMCJ auch auf konkrete Umweltprobleme. Die Biotechnologiestudentin Anusha aus Andhra Pradesh gibt ein Beispiel. In ihrer Heimatregion hatte sich die Trinkwasserqualität durch illegalen Sandabbau stark verschlechtert. Die Kinder und Jugendlichen beschwerten sich bei der regionalen Regierung und versuchten, mit einem Memorandum Mitstreitende zu finden. Nachdem aufgrund des Sandraubs eine Brücke zusammengebrochen war, griff die Verwaltung tatsächlich durch.

Ein Ende der Vermüllung von Landschaft und Gewässern mit Plastik ist seit jeher ein wichtiges Anliegen von CMCJ und vieler anderer Umweltgruppen in Indien. Tamil Nadu war einer der ersten Bundesstaaten, in dem Einweggeschirr und Plastiktüten verboten und Verkäufer_innen mit Bußgeldern belegt wurden; andere Bundesstaaten zogen nach. Doch Verbote allein bedeuten nicht, dass die Tüten tatsächlich verschwinden. CMCJ setzt deshalb auf Aufklärung: „Plastik ist neben Klimaschutz ein zentrales Thema für uns. Wir teilen viele Infos dazu auf Facebook", berichtet Padma.

An der Entwicklung der „Vision 2023 Tamil Nadu", mit der die Regierung des Bundesstaates Wohlstand für alle erreichen will, hätte sich CMCJ gerne beteiligt – wurde aber nicht eingeladen. Deshalb verfasste die Organisation selbst ein Positionspapier. Einer der zentralen Sätze daraus lautet: „Unsere Zukunft ist bedroht – und wir fordern, dagegen vorzugehen. Kinder und Jugendliche sind bereit, aktiv zu werden, und wir verlangen das Gleiche von unserer Regierung. Die Zeit zu reden ist vorbei. Jetzt machen wir Sie verantwortlich für die Umsetzung Ihrer Verpflichtungen."

»Am Anfang waren es 30 Kinder, inzwischen sind wir 12.000 – und das in fünf indischen Bundesstaaten.«



Die Autor_innen fordern, für Umwelt- und Klimaschutz zuständige Stellen in den Verwaltungen aufzubauen, Ökolandbau und erneuerbare Energien zu fördern und das Thema Klima- und Umweltschutz in den Lehrplänen zu verankern. Das Papier schließt mit den Worten: „Wir werden alles geben, was wir haben, solange wir die Chance sehen, unseren Planeten zu retten. Wir erwarten denselben Mut von euch allen."

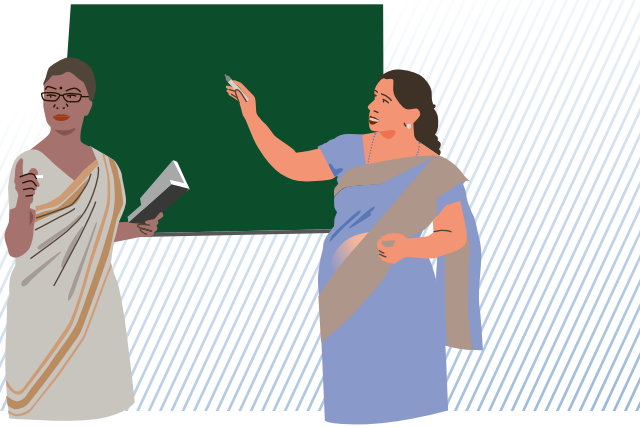
Ohne Zweifel: Die bei CMCJ Engagierten sind ungeduldig. Gerne würden sie auch auf nationaler und internationaler Ebene agieren und wahrgenommen werden, sagt Anusha. Der weltweiten Klimabewegung Fridays for Future ist das 2019 in kurzer Zeit gelungen. Inzwischen ist diese zwar auch in Indien angekommen, wird dort allerdings fast ausschließlich von Studierenden und jungen Erwachsenen in den Metropolen getragen. Schulstreiks sind kein Druckmittel in einem Land, in dem viele Kinder sich sehnlichst wünschen, regelmäßig zum Unterricht gehen zu können.

Die Engagierten von CMCJ haben bereits 100.000 Bäume gepflanzt. © CMCJ

Immerhin gelang es der Kindernothilfe bereits, ein Treffen von CMCJ-Aktivist_innen mit Bundestagsabgeordneten zu arrangieren die sich über die Arbeit Indien informieren wollten. Sie boten an, beim Aufbau einer Kollaborationsplattform zu helfen, berichtet Arul Raj Daje, der indische Projektkoordinator der Kindernothilfe. „Wir haben aber seither nichts mehr von ihnen gehört."

Dieser Beitrag entstand auf Basis eines Interviews mit den Aktivist_innen Maruthupandi, Padma und Anusha und Arul Raj Daje von der Kindernothilfe.

AN DER BASIS ANSETZEN



Indien Livelihood-Arbeit mit Frauen bewirkt gesellschaftliche Veränderungen

Centre for World Solidarity (CWS) und Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW)

„Wir sind eine Demokratie und es gibt Gerichte, aber die Atmosphäre ist sehr repressiv. Indien ist ein Land voller Widersprüche", erklärt Rukmini Rao vom Centre for World Solidarity (CWS). Vor fast 30 Jahren ist ihre Organisation aus der Indien-Vertretung der deutschen NRO Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW) hervorgegangen. Bis September 2020 war die Arbeitsteilung klar geregelt: Das CWS schlug eigenständig Projekte von kleinen Organisationen vor und die ASW besorgte das Geld, vor allem von privaten Spender_innen in Deutschland. „Die Leute vor Ort wissen am besten, was gebraucht wird und vor allem, wie es nachhaltig umgesetzt werden kann", so Detlef Stüber von der ASW.

Doch dann wurde das sogenannte FCRA (Foreign Contribution Regulation Act, ein Gesetz, das die Finanzierung von indischen NRO durch ausländische Geldgeber_innen regelt) abrupt verschärft. Dies hat die Anforderungen an indische NRO und ihre ausländischen Partnerorganisationen stark erhöht. NRO müssen nun eine Fülle von Nachweisen erbringen und die Weiterleitung von Mitteln vor Ort ist verboten. Für die Organisationen bedeutet das nicht nur einen hohen bürokratischen und finanziellen Aufwand, sondern auch große Unsicherheit. „Das Gefühl, in der Luft zu hängen und nicht zu wissen, ob und wie es weitergeht, wirkt auf viele Partner verunsichernd", beschreibt Stüber die Situation. Schließlich hängen viele Arbeitsplätze und nicht selten die Existenz ganzer Organisationen von internationalen Geldquellen ab.

ASW und CWS unterstützen seit Jahrzehnten insbesondere Frauen in ländlichen Regionen. Sie sind in Indien nicht nur überproportional von Armut betroffen, sondern auch von Menschenrechtsverletzungen. Die geförderten Projekte erhalten durchschnittlich 5.000 Euro im Jahr und sind langfristig angelegt: Es braucht Zeit, um Vertrauen und tragfähige Strukturen innerhalb der Dorfgemeinschaften aufzubauen. Notgedrungen verwendet das CWS einen Teil der Kapazitäten darauf, die beteiligten Gruppen verwaltungs- und finanztechnisch zu schulen, um Probleme mit der staatlichen Aufsicht möglichst zu vermeiden.

Advocacy- und Kampagnenarbeit standen nie explizit im Zentrum der Kooperation: Die NRO wollen vor allem das Einkommen und die Lebensgrundlagen der Frauen dauerhaft verbessern. Dafür erschien es allerdings schon immer sinnvoll, die örtliche Politik und Verwaltung zu beeinflussen oder mit der Polizei zusammenzuarbeiten. „In vielen Fällen ist der Staat unser Partner – und der hat

viele Gesichter", fasst Rao zusammen. „Um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, arbeiten wir mit der Polizei und Gesundheitsbehörden zusammen. Hin und wieder gibt es aber lokale Politiker_innen, die sich für die Täter_innen stark machen, etwa wenn es um Straffreiheit für Familien geht, die ihre Töchter zwangsverheiratet haben. Wir kooperieren auch mit Behörden, um ein staatliches Programm umzusetzen, das Landarbeiterfamilien Recht auf 100 Tage Beschäftigung für eine Person gewährt."

Viele von ASW und CWS unterstützte Gruppen beteiligen sich an den traditionell starken Frauennetzwerken in Indien. Auch dank ihres Einsatzes gibt es in Andhra Pradesh heute ein Gesetz gegen häusliche Gewalt. Im Nalgonda District im Bundesstaat Telangana existiert seit 2017 ein Unterstützungsprogramm zum Aufbau und Betrieb von Frauenhäusern und Gesundheitsstationen. Die Institutionen werden von zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter das CWS und seine Partnerorganisationen, betrieben. Auf ihre Initiative hin erhalten die Institutionen mittlerweile eine staatliche Förderung.

Häufig wollen Behörden die NRO verpflichten, auf Berichterstattung in der Presse zu verzichten, wenn sie mit ihnen kooperieren. „Viele neue Organisationen fühlen sich unter Druck und halten sich an solche Vorgaben", berichtet Rao. Sie verweist darauf, dass Staat und NRO bei vielen Themen ein gemeinsames Interesse haben, so auch bei der Unterstützung von Frauen: „Die Behörden wissen nicht, wie sie solche Institutionen aufbauen und ein anständiges Angebot organisieren sollen." Rao hofft, dass der Staat die Institutionen nach der Startphase selbst übernimmt und verweist zugleich auf ein anderes staatliches Defizit in diesem Kon-

Eine Frauenselbsthilfegruppe berät über die Verwendung von Kleinkrediten. © ASW

text: Hunderte von Frauen warten auf die Prozesse gegen ihre Ehemänner, weil es viel zu wenig Richter_innen gibt.

„Als Zivilgesellschaft müssen wir weiterhin gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung kämpfen", so Rao. Und doch gilt es, keine unmittelbare Konfrontation mit den staatlichen Institutionen zu riskieren. „Viele leben mit dem Risiko, dass irgendwann jemand an der Tür klopft und sie festnimmt", sagt sie mit Blick auf Freund_innen, die im Gefängnis sitzen – Rechtsanwält_innen, Professor_innen und andere engagierte Menschen.

ASW und CWS legen in ihrer Arbeit bewusst einen Fokus auf sozio-ökonomische Rechte und setzen sich unter dem Schlagwort „Livelihood" für eine konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort ein. „Wenn bürgerliche und politische Rechte geltend gemacht werden sollen, müssen die Menschen das Grundrecht auf Nahrung und ein Leben in Würde haben", meint Stüber. So bildet etwa die Organisation IZAD im Bundesstaat Bihar muslimische Mädchen aus und eröffnet ihnen damit Alternativen zur ungesetzlichen frühen Verheiratung. Auch klärt sie über das Thema Menschenhandel auf – der dank guter Zusammenarbeit mit religiösen und politischen Führungspersonen bekämpft werden kann. Letztlich ist die Ausrichtung der Arbeit auch in Bihar gleich geblieben, findet Stüber, obwohl die Bedingungen für als politisch angesehene Arbeit schwieriger geworden sind.

Dass es auch gefährlich werden kann, Menschenhandel offen zu thematisieren, musste eine Frau erfahren, mit der ASW und CWS eng zusammengearbeitet haben: Ihr Haus wurde angezündet. Noch heikler sind Anfragen nach dem 2005 in Kraft getretenen Informationsfreiheitsgesetz, für das sich die indische Zivilgesellschaft intensiv engagiert hatte. Alle Bürger_innen haben seither offiziell das Recht, Auskunft über staatliche Aktivitäten und Statistiken zu bekommen. Doch die Erfahrungen sind ernüchternd bis erschreckend. So wollte das CWS wissen, wie hoch der Anteil der Bäuerinnen ist, die unabhängig von ihren Ehemännern Land besitzen. „Daraus könnten wir dann vielleicht konkrete Forderungen ableiten", begründet Rao das Interesse. Bis heute hat sie keine Daten erhalten – die Behörden schoben die Verantwortung immer nur an die nächste Stelle. Wer Anfragen zu Machenschaften der Regierung stellt oder Korruption aufdecken will, riskiert sogar sein Leben: 84 Aktivist_innen wurden bereits ermordet.

Partnerorganisationen von CWS beteiligen sich an Demonstrationen. © ASW

Dieser Beitrag entstand auf Basis von Interviews mit Rukmini Rao vom Centre for World Solidarity und Detlef Stüber von der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt.

FUNDIERTE RECHERCHE ALS BASIS

Indonesien ELSAM kämpft gegen Menschenrechtsverletzungen und für bessere Gesetze

Lembaga Studi dan Advokasi Masyarakat (ELSAM) und MISEREOR, Brot für die Welt und andere

Bereits fünf Jahre vor dem Sturz der Suharto-Diktatur gründeten indonesische Intellektuelle 1993 das Institute for Study and Advocacy (ELSAM – Lembaga Studi dan Advokasi Masyarakat). Sie alle engagierten sich in unterschiedlichen NRO, vermissten aber eine Organisation, die nicht einzelne Fälle von Menschenrechtsverletzungen, sondern die Folgen des Wachstumscredos auf die Menschenrechte ins Zentrum stellte.

MISEREOR begleitet die Menschenrechtsorganisation seit ihrer Gründung, auch Brot für die Welt ist ein wichtiger Partner. Die Unterstützung besteht vor allem darin, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die hochkompetenten Mitarbeitenden der NRO ihre Advocacy-Arbeit unabhängig und selbstbestimmt gestalten können. Im Gegenzug informiert ELSAM seine internationalen Unterstützer_innen jährlich über Ziele und Vorhaben; etwa alle zwei Monate gibt es ein Update zu aktuellen Entwicklungen. „Fast die gesamte Finanzierung für unsere Arbeit kommt aus Europa und den USA", sagt ELSAM-Direktor Wahyu Wagiman. Das schafft politische Unabhängigkeit, führt aber auch dazu, dass die Arbeit oft in Form von Projekten beschrieben werden muss: So verlangt es die Antragslogik staatlicher Geldgeber_innen. Tatsächlich geht es jedoch fast immer darum, teilweise über Jahrzehnte laufende Prozesse fortzuführen, die darin auftauchenden Möglichkeiten zu nutzen oder selbst neue Wege zu schaffen. Eine externe Evaluation bestätigte vor einigen Jahren die vielfältigen Wirkungen von ELSAMs Arbeit in Indonesien und lobte die Beharrlichkeit der Anstrengungen.

„Für eine politische Interessenvertretung braucht es Expertise – die Fähigkeit, Studien durchzuführen, Forschung zu betreiben und die Ergebnisse anschließend in prägnanter Form zu präsentieren", heißt es in einer Selbstdarstellung der NRO. Solide und gut aufbereitete Recherchen sind die Basis ihrer Arbeit. So veröffentlicht ELSAM beispielsweise Studien zu Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger_innen, die sich gegen Umweltzerstörung oder für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen einsetzen.

ELSAMs Partner_innen in den USA und Europa können die Studien nutzen, um international auf die Probleme und die Folgen globaler Wirtschaftspolitik aufmerksam zu machen und verantwortliche Konzerne unter Druck zu setzen. Vor allem verwenden die 24 ELSAM-Beschäftigten die Recherchen aber für ihre Arbeit in Indonesien selbst. Ziele der Organisation sind die Förderung einer gerechten, demokratischen Gesellschaft und der Einsatz für Reformen auf politischer und gesetzlicher Ebene.

Zwar ist Indonesien seit 1998 eine Demokratie und hat internationale Menschenrechtspakte ratifiziert, doch noch immer sitzen in Ämtern und Behörden

viele, die die Suharto-Diktatur mitgetragen haben. Indonesiens Justiz ist schwach und häufig korrupt, nicht selten werden Zeug_innen und Richter_innen eingeschüchtert. Das Militär behindert die Aufarbeitung von Gräueltaten der Vergangenheit, und auch wirtschaftspolitische Interessengruppen machen Druck. Die Regierenden dazu zu bringen, die damaligen Verbrechen aufzuarbeiten, ist einer der traditionellen ELSAM-Arbeitsschwerpunkte. Mittels fundierter Fakten und dank jahrelanger Lobbyarbeit wurde eine staatliche Zeugen- und Opferschutzstelle eingerichtet. Sie unterstützt Überlebende juristisch, wenn Täter_innen eine rechtliche Aufarbeitung von Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen verhindern wollen. Ein ELSAM-Mitarbeiter wurde schließlich erster Leiter der Organisation.

In der Provinz Aceh beispielsweise ist es gelungen, eine staatliche Wahrheits- und Versöhnungskommission zu errichten, die frühere Menschenrechtsverletzungen untersuchen und aufarbeiten soll. „Wir haben große Hoffnungen darauf gesetzt, aber leider bekommt die Einrichtung nur wenig Unterstützung von der Provinzregierung und lokalen Autoritäten“, bedauert Wagiman.

ELSAM bringt sich auch in Gesetzgebungsverfahren ein und unterstützt Opfer aktueller Menschenrechtsverletzungen. Palmöl ist hier ein wichtiges Thema: Die weltweit steigende Nachfrage führt dazu, dass besonders in Indonesien große Flächen Regenwald kilometerlangen Palmöl-Plantagen weichen müssen. Die Abholzung von Regenwald wirkt sich nicht nur dramatisch auf das Klima und die Artenvielfalt aus – viele Menschen, die schon seit Generationen auf dem Land leben, werden zu Gunsten von internationalen Konzernen enteignet und vertrieben. Die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen sind oft menschenunwürdig.

»Für eine politische Interessenvertretung braucht es Expertise – die Fähigkeit, Studien durchzuführen, Forschung zu betreiben und die Ergebnisse anschließend in prägnanter Form zu präsentieren.«

„Unser bisher größter Erfolg war die Entschärfung des Plantagengesetzes“, bilanziert Wagiman. Dieses hatten Unternehmen zuvor genutzt, um Kleinbäuer_innen zu kriminalisieren, die sich nicht von ihren Äckern verdrängen lassen wollten. ELSAM ging vors oberste Gericht – und erreichte 2012 die Streichung zweier Artikel. Danach wurden nicht nur mehrere Bäuer_innen aus der Haft entlassen. „Bei aktuellen Konflikten haben Betroffene jetzt auch etwas in der Hand, auf das sie sich beziehen können“, so Wagiman.

ELSAM arbeitet eng mit einem Netzwerk von Anwält_innen zusammen, die die lokale Bevölkerung dabei unterstützen, sich gegen Unternehmen zu wehren. Zugleich verhandelt die Organisation aber auch mit Betriebsleitungen und Regierungsvertreter_innen über Regelungen zur Einhaltung von Arbeits- und Menschenrechten. Vor kurzem habe eine große Palmöl-Firma eine entsprechende Erklärung unterschrieben, berichtet Wagiman. Auch einige staatliche Institutionen kooperieren mit ELSAM und haben die NRO gebeten, sie bei Trainingsmodulen und Workshops für ihre Beschäftigten zum Thema Menschenrechte zu unterstützen. Dabei geht es neben Landrechtsfragen auch um Gewalt, die von extremistischen religiösen Gruppen ausgeht. Gegenwärtig laufen Verhandlungen über den nationalen Aktionsplan für Menschenrechte, an dessen Gestaltung sich ELSAM ebenfalls beteiligt.

Dieser Beitrag entstand auf Basis eines Interviews mit Wahyu Wagiman, dem damaligen Direktor von ELSAM.

RECHT FÜR FRAUEN UND MÄDCHEN MIT BEHINDERUNGEN DURCHSETZEN

Kenia Frauenrechtsorganisationen engagieren sich auf vielen Ebenen gegen sexualisierte Gewalt

Coalition on Violence Against Women (COVAW) und Handicap International

Eine Studie über zwei kenianische Regionen brachte erschreckende Ergebnisse ans Licht: 57 Prozent der Mädchen und Frauen mit Behinderungen haben sexualisierte Gewalt erlebt, 15 Prozent von ihnen sind vergewaltigt worden. Die Hälfte der Täter_innen[21] kommt aus dem familiären Umfeld oder der Nachbarschaft der Überlebenden. Beauftragt hatten die Untersuchung die Frauenrechtsorganisation Coalition on Violence Against Women (COVAW) und die Kenya Association for the Intellectually Handicapped (KAIH).

Generell ist genderbasierte Gewalt in Kenia weit verbreitet, wie andere Studien belegen. Nicht zuletzt durch den Einsatz von COVAW und weiteren NRO hat sich die Rechtslage durch das 2006 in Kraft getretene Sexualstrafrecht sowie das in 2015 verabschiedete Gesetz zum Schutz vor häuslicher Gewalt deutlich verbessert. „Woran es mangelt, ist die konsequente Umsetzung“, fasst die COVAW-Vorsitzende Wairimu Munyinyi-Wahome zusammen.

COVAW hat eine Sonderabteilung gegründet, um die rechtliche Position von Mädchen und Frauen

21 Studien zufolge sind die Täter_innen in etwa 80 bis 90 Prozent der Fälle Männer und männliche Jugendliche, zu etwa 10 bis 20 Prozent Frauen und weibliche Jugendliche.

mit Behinderungen zu verbessern. Sie wird durch 30 Rechtsanwält_innen und ebenso viele lokale Helfer_innen unterstützt, die sich ehrenamtlich engagieren. „Wir haben Trainingsunterlagen zu sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt erarbeitet, damit beide Gruppen weitere Unterstützer_innen ausbilden können“, sagt die Juristin Kwamboka Oseko. Außerdem schult COVAW Polizist_innen und Staatsanwält_innen, wie sie mit Betroffenen und Zeug_innen mit geistigen Behinderungen am besten umgehen.

COVAW begleitet die Betroffenen und ihre Familien sowie Zeug_innen während der gesamten Prozessdauer juristisch, aber auch auf anderen Ebenen. Als eine Frau durch das Umfeld des Täters bedroht wurde, organisierte COVAW Geld vom Urgent Action Fund Africa für ihren Umzug in eine andere Stadt. Ein großer Erfolg war die Verurteilung von zwei Männern zu jeweils 20 Jahren Haft, nachdem sie Jugendliche mit Behinderungen vergewaltigt hatten.

„Es geht uns aber nicht nur darum, dass Täter vor Gericht landen – auch wenn das sehr wichtig ist“, sagt Kwamboka Oseko. Ebenso will COVAW Bewusstsein in der Gesellschaft dafür schaffen, dass die Menschenrechte für alle gelten. Weil Mädchen und Frauen mit Behinderungen besonders verletzlich und gefährdet sind, brauchen sie die Unterstützung und solidarische Aufmerksamkeit ihrer Umgebung, um sie vor sexualisierter Gewalt zu schützen. Dafür organisiert COVAW Versammlungen, zu denen alle Interessierten eingeladen sind, und arbeitet mit Organisationen zusammen, die Betroffene sexualisierter Gewalt unterstützen oder Gesundheitseinrichtungen betreiben.

Das Team von COVAW und Handicap International © Handicap International

Regelmäßig postet die Frauenrechtsorganisation auf Facebook und Twitter, berichtet im Radio oder bei TV-Talkshows. So verbreitet sie nicht nur das Wissen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, sondern auch darüber, wie im Falle einer Vergewaltigung Beweise zu sichern sind. Mit Erfolg: Die Zahl der Fälle, bei denen das COVAW-Team informiert wird, steigt. Während des Corona-Lockdowns setzte die Organisation vermehrt auf digitale Kommunikation, verschickte Massen-SMS und richtete eine Hotline ein, weil sie die Zunahme häuslicher Gewalt insbesondere gegen Mädchen und Frauen mit Behinderungen befürchtete. Binnen der ersten dreieinhalb Monate gingen 155 Meldungen ein. Seitdem die Corona-Maßnahmen gelockert wurden, klingelt das Telefon seltener, berichtet Kwamboka Oseko. Immerhin habe die Covid-19-Pandemie aber auch neue Erkenntnisse gebracht. „Wir haben neue, weniger aufwändige Wege der Kommunikation gefunden und es geschafft, dass die Pandemie unsere Arbeit nicht verlangsamt hat", bilanziert sie.

Trotzdem stößt die Organisation durch die steigenden Fallzahlen finanziell an ihre Grenzen. Finanzielle Unterstützung bekommt sie von internationalen Organisationen wie dem African Women's Development Fund (AWDF), und von staatlichen Stellen in den Niederlanden. Im Rahmen des Projekts „Making It Work Gender and Disability" von Handicap International arbeitet COVAW mit anderen afrikanischen Organisationen zusammen, was weitere technische und finanzielle Unterstützung ermöglicht. Die internationalen NRO stellen außerdem Kontakte zu weltweiten Netzwerken und Organisationen her. „Wir informieren uns gegenseitig per E-Mail, was bei uns gerade los ist und sprechen uns zu gemeinsamen Strategien ab", beschreibt Wairimu Munyinyi-Wahome die Zusammenarbeit.

Auf nationaler Ebene betreibt COVAW immer dann Advocacy, wenn es um Gesetze und allgemeine Regelungen geht. Nachdem die Afrikanische Union Anfang 2018 eine Menschenrechts-Charta für Menschen mit Behinderungen[22] beschlossen hatte, starteten COVAW eine Kampagne, damit die Regierung den Vertrag ratifiziert. Gemeinsam mit der Kenianischen Menschenrechtskommission wandten sie sich an das Sozialministerium und erreichten, dass eine Vorlage zur Ratifizierung der Charta ins Kabinett eingebracht wurde. Auch verschiedene Abgeordnetengruppen erhielten Informationen. Kwamboka Oseko hofft, dass die Charta bald rechtskräftig wird, um sie für die juristische Arbeit nutzen zu können.

Derweil beteiligt sich COVAW daran, erneuten Gewaltausbrüchen im Umfeld der kommenden Wahlen 2022 entgegenzuwirken. „Kinder, Frauen und Menschen mit Behinderungen sind in solchen Situationen am stärksten gefährdet", weiß Kwamboka Oseko aus Erfahrung. Deshalb sensibilisiert ihre Organisation Polizist_innen, organisiert Dialogforen in besonders armen Stadtteilen und versucht, die Leitungskräfte von lokalen Behörden zu motivieren, selbst aktiv gegen Gewalt zu werden. „Advocacy ist ein langer Prozess. Wir sehen, dass die Früchte unserer Arbeit nach und nach größer werden", so Kwamboka Osekos Bilanz.

Dieser Beitrag entstand auf Basis eines Interviews mit Wairimu Munyinyi-Wahome und Kwamboka Oseko von COVAW.

22 ↘ protocol to the ACHPR on the rights of persons with disabilities in africa

SEIT JAHRZEHNTEN KEIN FREIRAUM FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Republik Kongo **Mutige Menschen engagieren sich gegen die Kleptokratie des Regierungsclans**

Publish What You Pay und MISEREOR

In der Republik Kongo schrumpft der Handlungsspielraum für NRO nicht – er war nie wirklich vorhanden. Das Land wird seit Jahrzehnten von einem Familienclan kontrolliert und ausgebeutet. Unter solchen Bedingungen hilft mutigen Menschen aus der Zivilgesellschaft die Unterstützung ausländischer Partnerorganisationen, wenn diese die internationale Öffentlichkeit auf die Lage aufmerksam machen oder Politiker_innen aus ihren Ländern mobilisieren.

Seit 2005 engagiert sich MISEREOR in dem erdölreichen zentralafrikanischen Land, dessen natürlicher Reichtum nie bei den Menschen angekommen ist. Im Gegenteil: Gerade in den Förderregionen ist der Gegensatz von moderner Anlagentechnik und bitterer Not der Bevölkerung besonders krass. Die meisten hier haben weder Zugang zu Strom noch zu sauberem Trinkwasser.

Brice Mackosso arbeitet bei der katholischen Kommission Justitia et Pax in Pointe Noire ganz im Süden des Landes und setzt sich seit langem für eine gerechte Verteilung der Erdöleinnahmen ein. Als bekanntester Aktivist der Kampagne „Publish What You Pay“ in der Republik Kongo wurde er zusammen mit dem Angehörigen einer anderen NRO Christian Munseo verhaftet. „Das war dann sofort der erste Punkt, wo wir uns in der Republik Kongo engagiert haben“, erinnert sich Vincent Neussl von MISEREOR. Die schon länger aktiven Partnerorganisationen aus den USA und Frankreich hatten MISEREOR Bescheid gegeben, und so wandte sich die deutsche NRO an die Weltbank und die Bundesregierung. Auch Präsident Denis Sassou-Nguesso in der Hauptstadt Brazzaville bekam Post.

Herta Däubler-Gmelin, damals Vorsitzendes des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Bundestag, bestellte daraufhin den kon-

Vincent Neussl (links) bei einem Workshop zu extraktiven Industrien, der in Kooperation mit Brice Mackosso 2016 in Pointe Noire stattfand © MISEREOR

golesischen Botschafter ein. „Die Regierung in Brazzaville hatte mit so viel Aufmerksamkeit sicher nicht gerechnet“, vermutet Neussl. Der Zeitpunkt war aber auch deshalb günstig, weil die Republik Kongo vor der Pleite stand und über einen Schuldenerlass verhandeln wollte. Die Ansage der Weltbank war klar: Solange die beiden Aktivisten im Gefängnis sitzen, finden keine Gespräche statt.

Tatsächlich wurden die Männer kurz danach freigelassen. Ihre internationale Bekanntheit schützt sie inzwischen – und die Erfahrung, dass sie in kurzer Zeit Druck aus dem Ausland organisieren können. Als sich das Management der italienischen Erdölfirma Eni in der Republik Kongo weigerte, Mackosso zu einem Gespräch über Probleme der örtlichen Bevölkerung im Ölfördergebiet des Unternehmens zu empfangen, dauerte es nicht lange, bis eine Anweisung aus Italien kam. „Wer solche Kontakte mobilisieren kann, wird respektiert“, so Neussl. Nur dadurch ist es Mackosso und seinen wenigen Mitstreiter_innen möglich, immer wieder unbequeme Fragen und Forderungen zu stellen und die Ergebnisse ihrer Recherchen zu veröffentlichen.

Lange Zeit war die Höhe der Erdöleinnahmen in der Republik Kongo ein absolutes Tabuthema – ebenso wie die Verträge mit Eni und dem französischen Konzern Total. Klar war nur, dass neben dem Staat auch der Familienclan Sassou-Nguesso bei jedem Barrel Öl mitverdient. Schritt für Schritt gelang es den Aktivist_innen von „Publish What You Pay“, mehr Licht in die Finanzströme im Erdölgeschäft zu bringen. Das lag vor allem auch am internationalen Druck auf die Regierung der Republik Kongo, als Gegenleistung für Geldzusagen und Schuldenerlass der internationalen Transparenzinitiative für extraktive Industrien (EITI,

Vincent Neussl (links) und Brice Mackosso (Mitte) beim gemeinsamen Workshop © MISEREOR

Extractive Industries Transparency Initiative) beizutreten. Dies ermöglichte es Mackosso, Munseo und anderen Aktivist_innen, mit Hilfe von einflussreichen internationalen Organisationen die massiven Unterschlagungen bekannt zu machen und Regelwerke mit auf den Weg zu bringen, die diese Praxis künftig verhindern sollen.

Offiziell haben die Bürger_innen in der Republik Kongo das Recht zu fragen, wofür und wie der Staat die öffentlichen Gelder ausgibt. Tatsächlich findet man solche Informationen aber nur nach mühsamer Suche. Immerhin sind heute Daten zu den Einnahmen in der Erdölindustrie und den Verträgen mit ausländischen Investor_innen bekannt. Informationen zu den wirklichen Besitzverhältnissen aller an der Förderung beteiligten Firmen und Subunternehmen sollen folgen. Sobald eine krumme Geschäftspraxis aufgeflogen ist, wird sie offiziell abgeschafft – in der Zwischenzeit haben die politisch Mächtigen allerdings schon wieder neue Schlupflöcher für den Geldabfluss geschaffen. „Wirklich besser geworden ist die Lage für die Bevölkerung in den Erdölgebieten deshalb nicht", konstatiert Neussl.

Nur sehr wenige Menschen in der Republik Kongo trauen sich, öffentlich Position zu beziehen: Gegen die Präsidentenfamilie zu opponieren, ist lebensgefährlich. In den Dörfern sorgen von oben eingesetzte lokale Autoritäten für Ruhe. Sie kuschen, weil sie ihr vergleichsweise hohes Gehalt und andere Privilegien nicht riskieren wollen. Mit einer Kleptokratie an der Spitze des Staates, der bisher kaum beizukommen ist, kann von einer lebendigen Zivilgesellschaft nicht die Rede sein.

Trotzdem gibt Brice Mackosso nicht auf. Er hat das afrikanische Netzwerk Tournons la Page mitgegründet, das sich für die Demokratie und gegen die Bereicherungspraxis der Herrschenden engagiert. Zwei Bischöfe aus den südlichen Landesteilen halten ihre schützende Hand über ihn und seine Mitstreitenden. Schon mehrfach konnten sie die Amtskollegen aus dem Norden davon überzeugen, kritische Veröffentlichungen nicht zu blockieren. So konnte Mackosso als Mitarbeiter der Kommission Justitia et Pax in einer Pressekonferenz eine Studie vorstellen, die belegt, wie unzureichend der Gesundheitssektor in der Republik Kongo ausgestattet ist und wie wenig der staatlichen Investitionen vor Ort ankommt.

Brice Mackosso (rechts) und Vincent Neussl (links) bei einem Projektbesuch in 2015
© MISEREOR

Neussl hatte auf größere Fortschritte für das Land gehofft, nachdem sich MISEREOR vor 15 Jahren in der Republik Kongo zu engagieren begann: Die Lage der Menschen in den Erdölregionen hat sich nicht verbessert, die Einnahmen kommen immer noch zuvorderst einer kleinen Elite zugute. Auch ist keine Demokratisierung zu verzeichnen. Und doch sieht er keine Alternative als weiterzumachen und die wenigen Menschen, die sich zivilgesellschaftlich engagieren, zu stützen und zu schützen.

Dieser Beitrag entstand auf Basis eines Interviews mit Vincent Neussl, langjähriger Regionalreferent bei MISEREOR. Er hat Projekte in verschiedenen Ländern, unter anderem der Republik Kongo begleitet. Vincent Neussl ist leider 2021 verstorben.

GERECHTIGKEIT FÜR ÜBERLEBENDE SEXUALISIERTER KRIEGSGEWALT

Kosovo Frauenrechtsorganisationen erwirken Rente für im Kosovo-Krieg vergewaltigte Frauen

Medica Gjakova und medica mondiale

Schätzungsweise 20.000 Mädchen und Frauen wurden im Kosovokrieg vergewaltigt. Über ihre Erfahrungen haben sie jedoch lange geschwiegen. Die Betroffenen müssen fürchten, dass die Gesellschaft sie für das Erlebte verachtet – und tatsächlich wollen viele Familien nichts davon wissen. Im Gegensatz zu vielen Kriegsveteranen möchten Überlebende sexualisierter Gewalt deswegen häufig nicht, dass ihr Leid bekannt wird.

Die landesweite Kampagne „Be my voice“ im Kosovo in 2018 begleitet die Einführung der Rente. © KRCT

Dem gesellschaftlichen Stigma zum Trotz ist es einer Gruppe von Frauenrechtsorganisationen durch beharrliche und koordinierte Advocacy-Arbeit gelungen, dass während des Krieges vergewaltigte Frauen im Kosovo seit 2018 als zivile Kriegsopfer anerkannt werden und sie nun Anspruch auf eine Kriegsrente haben.

Die 2011 gegründete lokale NRO Medica Gjakova unterstützt Betroffene auf medizinischer, psychosozialer, juristischer und wirtschaftlicher Ebene. Parallel engagiert sie sich für die Rechte der Überlebenden. Sie arbeitet dabei eng mit dem Rehabilitation Centre for Torture Victims (KRCT) zusammen, das Überlebende von Folter, Kriegstraumatisierte und Überlebende sexualisierter Gewalt durch ganzheitliche Ansätze stärkt. Die deutsche NRO medica mondiale unterstützt sie dabei.

Entscheidend für den Erfolg der Advocacy-Arbeit war ohne Zweifel die gute Zusammenarbeit mit der 2011 gewählten Präsidentin Atifete Jahjaga. Sie gründete 2014 einen Nationalen Rat für Überlebende sexualisierter Kriegsgewalt und berief Frauen aus den beiden kosovarischen NRO als

Expertinnen. Diese hatten zuvor schon viele staatliche Akteur_innen angesprochen, die das Thema bis dahin jedoch als wenig relevant eingeschätzt hatten. Hilfreich war, dass es in Kroatien sowie in Bosnien und Herzegowina bereits Entschädigungsregelungen für Überlebende sexualisierter Kriegsgewalt gab.

2014 verabschiedete das kosovarische Parlament ein entsprechendes Gesetz, doch die Höhe der Entschädigung stand damit noch nicht fest. Ein schwieriges Thema: Der Etat für Überlebende des Krieges ist sehr begrenzt und war ursprünglich nur auf die Bedarfe von Kriegsveteranen ausgerichtet. Und würden die betroffenen Frauen das Geld überhaupt beantragen oder aus Angst vor Stigmatisierung und Retraumatisierung darauf verzichten? 2015 berieten Jahjaga und die Mitarbeiterinnen der NRO gemeinsam, wie das Antragsverfahren so gestaltet werden könne, dass die Identität der Frauen geschützt und eine Retraumatisierung vermieden würde.

2017 organisierten die Frauenorganisationen eine Konferenz für hochrangige Vertreter_innen aus Politik und Gesellschaft, bei der die Erfahrungen mit den Entschädigungsmechanismen in Kroatien und in Bosnien und Herzegowina diskutiert wurden, um sie bei der Ausgestaltung der Rente im Kosovo zu berücksichtigen. Zur Einführung 2018 starteten Medica Gjakova und KRCT in Kooperation mit weiteren kosovarischen NRO eine landesweite Kampagne, um über die monatliche Rentenzahlung in Höhe von 230 Euro zu informieren. Damit wollten sie auch das Schweigen über das Thema brechen. „Unser Ziel ist es, Frauen in die

Breite Beteiligung beim Kampagnenstart © KRCT

Mitte der Gesellschaft zurückzuholen und ihnen ihre Würde zurückzugeben“, begründeten Mirlinda Sada, Direktorin von Medica Gjakova, und Feride Rushiti, Direktorin von KRCT, die politische Bedeutung der Kriegsopferrenten. 1.396 Frauen haben bis Februar 2021 Anträge gestellt, 904 davon wurden bewilligt. Auch im Ausland lebende Frauen haben Anspruch auf das Geld.

Zahlreiche Mitstreiter_innen und Engagierte sind beim Kampagnenstart dabei.
© Barbara Horstmann/medica mondiale

Das BMZ finanziert die Advocacy-Arbeit von Medica Gjakova und KRCT seit 2013 in mehreren Projektphasen. medica mondiale begleitet den Prozess mit ihren Fachkenntnissen in STA – stress- und traumasensibler Ansatz®[23] sowie in Organisationsentwicklung, Managementberatung und feministischer Führung. Die Frauen aus Deutschland und dem Kosovo telefonieren und mailen regelmäßig und konnten sich bei Projektbesuchen persönlich treffen. Mehrfach kamen die Expertinnen aus dem Kosovo auch zu Fachtagungen und Konferenzen nach Deutschland. So erfuhren Mitarbeiter_innen in deutschen Ministerien mehr darüber, was sexualisierte Kriegsgewalt für die Betroffenen bedeutet und wie in der Versöhnungsarbeit damit umzugehen ist. Dies konnten sie etwa bei der Umsetzung der Strategie der deutschen Bundesregierung zu Vergangenheitsarbeit und Versöhnung berücksichtigen.

Dieser Beitrag entstand mit der Unterstützung von medica mondiale.

23 ↘ Trauma-Verständnis und STA

ALLE AN EINEN TISCH

Liberia Dialogmethoden sollen Landrechte für lokale Gruppen sichern

Welthungerhilfe und Rights & Rice Foundation sowie weitere Partner_innen in Burkina Faso, Sierra Leone und Äthiopien

Ernährungssicherheit ist wichtigstes Ziel der Welthungerhilfe – eins ihrer zentralen Anliegen ist deshalb, Landrechte für marginalisierte Menschen im Globalen Süden durchzusetzen. Zum traditionellen Advocacy-Werkzeugkasten gehören der Aufbau von Rechtsberatungszentren und die Unterstützung von ländlichen Gemeinden, formelle Landtitel zu erwerben. Auch beobachten, dokumentieren und veröffentlichen die Welthungerhilfe und ihre lokalen Partnerorganisationen Fälle von sogenanntem Landgrabbing[24] in ausgewählten Ländern. Doch die Probleme und Interessenlagen sind meist so komplex, dass die Verantwortlichen vor einigen Jahren einen erweiterten Arbeitsansatz suchten.

„Multi-Akteurs-Partnerschaften waren für uns alle neu damals", berichtet Constanze von Oppeln, die das Vorhaben „Land for Life" koordiniert. Bei Multi-Akteurs-Partnerschaften kommt es darauf an, auch vermeintliche Gegner_innen und politische Entscheidungsträger_innen mit an Bord zu holen – ohne aber die eigenen Werte zu verletzen. Die Sichtweise und Prioritäten der anderen zu kennen, eröffnet die Chance für neue Wege und Handlungsräume. So entstand die Idee, Veränderung über kollektive Dialogprozesse einzuleiten. Dafür mussten zunächst alle beteiligten Mitarbeiter_innen der Welthungerhilfe und der Partnerorganisationen in dieser Methodik geschult werden. Sie basiert auf Transparenz und systematischem Informationsaustausch sowie partizipativen Workshops und Aufgabenteilung in den Zeiten dazwischen.

Das „Dialogic Change Model", das vom Collective Leadership Institut in Potsdam entwickelt

Weiterführende Literatur

- CorA-Netzwerk/VENRO:
  ↘ Anforderungen an wirkungsvolle Multi-Stakeholder-Initiativen zur Stärkung unternehmerischer Sorgfaltspflichten
- Collective Leadership Institute:
  ↘ Introduction to the Dialogic Change Model

24 Der Begriff Landgrabbing (Deutsch „Landnahme", von eng. to grab = schnappen, grabschen) bezeichnet den Landerwerb durch internationale Agrarkonzerne, private Investor_innen und staatliche Akteur_innen mittels langfristiger Pacht- oder Kaufverträge von großen Agrarflächen. Er wird mittlerweile auch auf betroffene Flächen für den Bergbau, Tourismus oder die Forstwirtschaft angewendet.

wurde, unterteilt einen solchen dialogischen Veränderungsprozess in vier Phasen. Zunächst geht es darum, ein Verständnis für die Interessen und Perspektiven aller Akteur_innen zu gewinnen und den Kontext zu verstehen, in dem sie agieren. Zu diesem Zweck bildet sich eine bunt gemischte Kerngruppe aus engagierten Menschen, die Veränderungen erreichen wollen.

Diese Kerngruppe entwickelt in Phase zwei eine konkrete Vision und gibt sich eine Struktur. „Sie steuert den Prozess, fällt Entscheidungen und nutzt das Potenzial ihrer Mitglieder, um in Phase drei Veränderungen herbeizuführen", fasst von Oppeln zusammen. Indem sie gemeinsam etwas erarbeiten und erreichen, wandelt sich im Laufe des Prozesses das Rollenverständnis der Beteiligten. Die Welthungerhilfe wird zur Prozessbegleiterin, die Partnerorganisation vor Ort zum Motor der Multi-Akteurs-Struktur. In der letzten Phase wird diese Struktur stabilisiert und verstetigt.

Bei ihrem alle zwei Jahre stattfindenden Strategietreffen wählte die Welthungerhilfe vier afrikanische Länder aus, in denen Landrechtsfragen von hohem Interesse sind und die bereits gut etablierte Partnerstrukturen hatten: Burkina Faso, Sierra Leone, Liberia und Äthiopien. Angesetzt ist die vom BMZ kofinanzierte Initiative auf mindestens sieben Jahre, um grundlegende Veränderungen zu ermöglichen und dauerhaft tragfähige Strukturen zu etablieren.

In jedem der vier Länder versuchen die Partnerorganisationen nun, neben anderen NRO und ländlicher Bevölkerung auch Vertreter_innen aus Behörden, Unternehmen und der Wissenschaft einzubinden. „Der Privatsektor sah uns bisher nicht

Teilnehmende eines Workshops in Äthiopien © Welthungerhilfe

Land for Life
Theory of Change

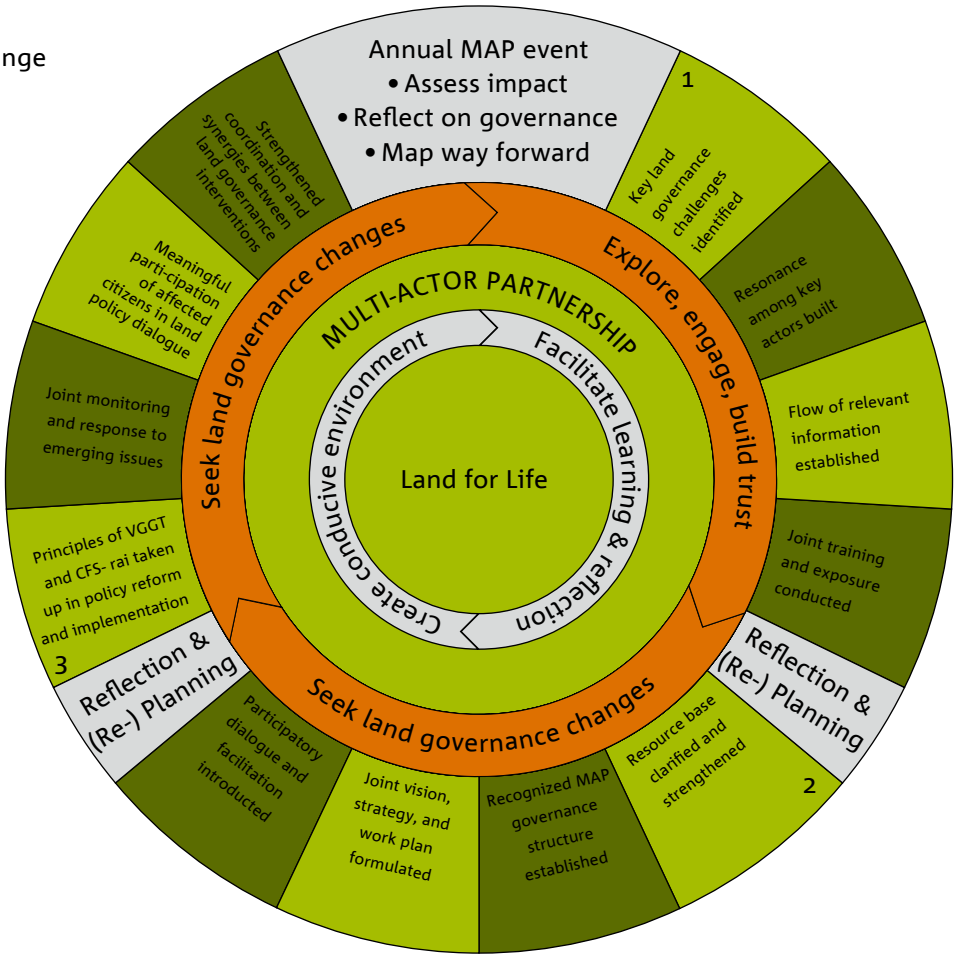


Abbildung 5: Veränderungen brauchen Zeit – Die Theory of Change des „Land-for-Life"-Projekts, Quelle: Welthungerhilfe

gerade als Freund an", berichtet James Yarsiah, Leiter der Rights & Rice Foundation (RRF) in Liberia. Seine Organisation hat bei der Entwicklung eines neuen Landrechts mitgewirkt. Dabei gab es auch mit der Regierung immer wieder Spannungen, weil die Politiker_innen schnelle Ergebnisse wollten, die Zivilgesellschaft aber darauf drängte, die Rechte lokaler Gemeinschaften zu stärken.

In Liberia besteht das Ziel der „Land-for-Life"-Initiative darin, die Umsetzung des progressiven neuen Landrechts zu begleiten und zu überwachen. Dieses schreibt vor, dass die ansässige Bevölkerung bei Landkäufen zustimmen muss. „Die Vertreter des Privatsektors warfen uns immer wieder vor, dass wir jedes Investment verhindern wollen – und wir haben geantwortet, dass wir durchaus offen dafür sind, wenn die Investments auch der ansässigen Bevölkerung nützen", erklärt Yarsiah.

Der dialogische Ansatz, den die „Land for Life"-Initiative verfolge, sei wesentlich zielführender als die bisherige Form der Kommunikation, ist Yarsiah überzeugt. Es gehe nicht darum, sich gegenseitig anzuklagen, sondern sich zu respektieren und einander zuzuhören. „Und wir fokussieren uns nicht auf die Probleme, sondern suchen gemeinsam nach Lösungen."

Der Kontext in den verschiedenen Ländern der „Land-for-Life"-Initiative ist sehr unterschiedlich. „Eine substanzielle Herausforderung ist immer,

Das Team des „Land-for-Life"-Vorhabens in Liberia © Welthungerhilfe

die lokalen Ebenen gut einzubinden", berichtet von Oppeln. Damit Erfahrungen und Informationen der ländlichen Bevölkerung in den Prozess einfließen können, müssen jeweils passende Instrumente gefunden werden, um sprachliche und oft auch kulturelle Hürden zu bewältigen. Dass manche Menschen nicht lesen und schreiben können, darf sie nicht ausschließen. In Sierra Leone werden beispielsweise nicht mehr nur die traditionellen Autoritäten befragt, sondern in speziellen Workshops auch Frauen und Jugendliche konsultiert. Ziel ist immer, dass die Anliegen und Perspektiven von der Basis wie mit einem Aufzug in die höheren Ebenen transportiert werden und dort in politische Prozesse und Entscheidungen einfließen.

Die Welthungerhilfe sieht sich als Rückgrat der Aktivitäten. Koordinatorin von Oppeln steht in engem Austausch mit den Partnerorganisationen, bleibt aber im Prozess selbst im Hintergrund und unterstützt nach Bedarf – etwa bei der Vernetzung mit internationalen Organisationen. Spätestens zu Projektende soll in jedem Partnerland ein personell schlank ausgestattetes Sekretariat eingerichtet sein, das die Multi-Akteurs-Prozesse fortführt.

Eine Herausforderung ist, dass Veränderung mittels eines solchen Ansatzes Zeit benötigt. Die Akteur_innen vor Ort müssen zunächst für das Vorgehen gewonnen werden. Außerdem sind die Erfolge schwer zu messen. Eine externe Evaluierung hat jedoch gezeigt, dass Vertrauen und Kooperation wachsen. Von Oppeln gibt ein Beispiel: „Wenn die Weltbank Regierungen im Globalen Süden bei Landreformprozessen unterstützte, war die Zivilgesellschaft in der Vergangenheit oft nicht so eingebunden, wie es für eine demokratische Kontrolle geboten gewesen wäre." Im Jahr 2019 drohte dies auch in Burkina Faso. Beteiligte an der „Land-for-Life"-Initiative aus Ministerien und Verwaltungen informierten daraufhin die zivilgesellschaftlichen Plattformpartner. Diese machten das Reformvorhaben im Inland öffentlich und organisierten einen transparenten Austausch, während die Welthungerhilfe ihre Bemühungen auf internationaler Ebene flankierte. Zwar ist noch nichts entschieden, doch ein Hinterzimmer-Deal wurde auf jeden Fall vermieden.

Dieser Beitrag entstand auf Basis von Interviews mit James Yarsiah von der Rights & Rice Foundation und Constanze von Oppeln von der Welthungerhilfe.

TAUWETTER UND EISZEIT

Nicaragua Unter schwierigen Bedingungen kämpft die LGBTI-Bewegung für Gleichberechtigung

Lesben- und Schwulenverband (LSVD) und Partnerorganisationen

„Wir kämpfen gegen die Diktatur, die Pandemie, gegen Depressionen und Angstzustände – und jeden Tag wird es schwieriger," bringt LSJI, ein Aktivist für LGBTI-Rechte, die Lage von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen in Nicaragua im Sommer 2020 auf den Punkt – und klingt dabei trotzdem nicht verzweifelt. Zwar sei es gegenwärtig ausgeschlossen, Fortschritte auf politischer Ebene im Land zu erzielen: „Präsident Ortega respektiert die Gesetze nicht, die Menschenrechte werden regelmäßig und systematisch verletzt." Doch nach LSJIs Wahrnehmung hat die Bevölkerung entschieden, die Transformation friedlich anzustreben – und so schwinde Ortegas Legitimation immer mehr.

LSJI setzt auf einen langfristigen Bewusstseinswandel der Bevölkerung in Richtung Respekt und Menschenrechte für alle. Immerhin ist es der LGBTI-Bewegung in Nicaragua in den vergangenen Jahren gelungen, lebendige Kontakte zu Studierenden-, Bildungs-, Frauen- und Gesundheitsgruppen in Nicaragua aufzubauen, sich mit lokalen Einrichtungen zu vernetzen und auch international einige Aufmerksamkeit zu erregen. Auch mit Menschenrechtsgruppen gab es mehrere Treffen: „Die hatten uns vorher gar nicht auf dem Schirm". Ziel ist sowohl ein Ende der Alltagsdiskriminierung als auch die Durchsetzung staatlich verbriefter Rechte für alle, egal, wen jemand liebt oder welchem Geschlecht die Person angehört.

LSJI weiß, dass das ein langer Weg wird. „Ein falsches Wort im falschen Kontext kann leicht zu Ablehnung durch große Gruppen führen." Aber klar ist auch: Er will sich und seine Gruppe auf keinen Fall in einer passiven Opferrolle sehen.

Lesbische, schwule, bisexuelle, Trans- und Inter-Personen haben es in machistischen Strukturen schwer. Kriminalisiert wurde Homosexualität in Lateinamerika aber nur selten – so wie in Nicaragua, wo die konservative Präsidentin Violeta Chamorro 1992 ein Strafgesetz in Kraft gesetzt hatte. Schon bevor das Gesetz 2008 wieder abgeschafft wurde, hatten sich Betroffene unter dem Dach eines Menschenrechts- und Umweltnetzwerks zusammengeschlossen. Klaus Jetz, der als Jugendlicher in der Nicaragua-Solidarität aktiv war und inzwischen beim Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) arbeitet, traf einen der Beteiligten auf einer internationalen Veranstaltung. Seither begleiten der LSVD und die Hirschfeld-Eddy-Stiftung (HES) die nicaraguanische LGBTI-Bewegung.

Dass Ortega in Nicaragua die Kriminalisierung von Homosexualität 2008 wieder abschaffte, ist einer breiten Advocacy-Arbeit zu verdanken. Der LSVD informierte den Menschenrechtsausschuss

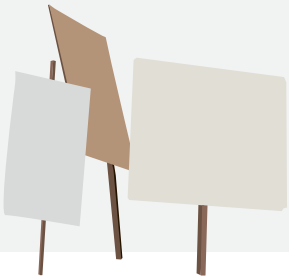
des Bundestages und motivierte Gregor Gysi von der Linkspartei, sich direkt an Ortega zu wenden, den er aus früheren Zeiten persönlich kennt. Allerdings hatte der Erfolg einen bitteren Beigeschmack: Im Gegenzug verschärfte Ortega das sowieso schon restriktive Abtreibungsrecht. Für die LGBTI-Bewegung in Nicaragua ist ganz klar, dass sie sich gemeinsam mit der Frauenbewegung für die Straffreiheit von Abtreibungen einsetzen.

In vielen lateinamerikanischen Ländern waren die 2010er Jahre eine gute Zeit für die LGBTI-Bewegung. „Die Zahl der Initiativen ist geradezu explodiert, Länder wie Argentinien und Mexiko verfügen über Dutzende von Nichtregierungsorganisationen“, fasst Jetz zusammen. Seit dieser Zeit treffen sich 18 Gruppen aus verschiedenen Teilen Nicaraguas regelmäßig. Unter dem Namen Mesa Nacional LGBTI diskutieren sie Strategien, wie die alltägliche Akzeptanz verbessert und eine faire Berichterstattung in den Medien erreicht werden kann. Auch das Netzwerk, bei dem LSJI einer von drei Hauptamtlichen ist, engagiert sich hier. Mit Hilfe der HES und finanzieller Unterstützung aus dem Auswärtigen Amt konnten drei Projekte durchgeführt werden, die alle darauf abzielten, mehr Bewusstsein für das Thema Menschenrechte und sexuelle Vielfalt zu schaffen. Bekannte heterosexuelle Musiker_innen gingen mit einem Song an die Öffentlichkeit und ein Video wurde produziert, um das Menschenrecht auf das Leben der eigenen sexuellen Identität populär zu machen. In einem mehrmonatigen Prozess erstellten die Gruppen außerdem eine nationale Agenda zu dem Thema und diskutierten mit Vertreter_innen von Regierung und Zivilgesellschaft. Das Medienecho war positiv.

Konferenz der LGBTI-Aktivist_innen in Costa Rica © Klaus Jetz/LSVD

Die Atmosphäre begann sich zu verändern, LGBTI-Personen trauten sich zunehmend in die Öffentlichkeit. Ein herber Rückschlag kam im Frühjahr 2018. Im ganzen Land gab es Demonstrationen aufgrund geplanter Rentenkürzungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Sozialabgaben. Die Polizei ging mit scharfer Munition auf Protestierende los, auch Menschen aus der LGBTI-Bewegung wurden festgenommen. Heute sind die Aktivist_innen wieder sehr vorsichtig. Sie achten darauf, dass ihre Handys bei möglichen Kontrollen nicht zu viel verraten. Viele sind sogar ins Ausland geflohen.

»Wir haben es geschafft, international wahrgenommen zu werden – und das fördert Unterstützung und Druck von außen.«



Dass LSJI dennoch Hoffnung sieht, begründet er mit theoretischen Überlegungen: Jeder Transformation gehe eine Chaos-Phase voraus – und die finde in Nicaragua gegenwärtig statt. Auf eine Wende durch die mögliche Abwahl Ortegas im Jahr 2021 setzt er nicht. Keine der antretenden Parteien vertritt offensiv die Position „Menschenrechte für alle" – wohl auch aus Furcht, Wähler_innen zu verprellen. Doch LSJI hofft auf einen gesellschaftlichen Wandlungsprozess, sobald die politische Lage sich entspannt. Im Moment aber gelte es, Gefährdete zu verstecken oder ins Exil zu bringen. Außerdem versuchen er und seine Mitstreitenden, Menschenrechtsverletzungen möglichst gut zu dokumentieren, um international Druck aufzubauen und später etwas gegen die Täter_innen in der Hand zu haben.

„Die aktuellen Strategien verabreden wir hier alleine, weil sich die Situation oft so schnell ändert", erklärt LSJI. Trotzdem sind Klaus Jetz und der LSVD weiter wichtige Ansprechpartner. Was sich die Aktivist_innen in Nicaragua wünschen, sind Schulungen und Weiterbildungen, um für die „Zeit danach" zu planen und gute Voraussetzungen für spätere Gerichtsprozesse zu schaffen. Gegenwärtig sind Menschen aus dem Umfeld des Netzwerks verstreut, viele haben auf der Flucht ihre Papiere verloren oder vernichtet. „Wir sind nicht darauf vorbereitet, wenn sie alle zurückkommen. Sie brauchen Orientierung – und Jobs", sagt LSJI.

Die Arbeit der Aktivist_innen wird auch international anerkannt. 2018 konnte ein Aktivist auf Einladung der HES deutsche Abgeordnete treffen und an mehreren Universitäten sprechen. Auch vor dem Menschenrechtsrat in Genf trat er auf. „Wir haben es geschafft, international wahrgenommen zu werden – und das fördert Unterstützung und Druck von außen", lautet LSJIs Zwischenbilanz.

Dieser Beitrag entstand auf Basis eines Interviews mit Klaus Jetz vom Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) und LSJI, einem Aktivisten aus Nicaragua, der anonym bleiben möchte.

GRENZÜBERSCHREITENDES NETZWERK

Senegal Landbevölkerung, Wissenschaft und Politik entwickeln Strategien zu Ernährungssicherheit

ENDA Pronat und Weltfriedensdienst

Der senegalesischen Organisation ENDA Pronat ist es gelungen, die Regierungspolitik in ihrem Land zu beeinflussen: Nach seiner Wiederwahl 2019 erklärte Präsident Macky Sall die agrarökologische Wende zu einem der vier zentralen Anliegen dieser Amtszeit. In jahrzehntelanger Arbeit hatte die NRO intensive Verbindungen zwischen lokalen Gemeinschaften und Wissenschaftler_innen aufgebaut und zugleich alle Advocacy-Register gezogen – von Protesten über Prozesse und Verhandlungen bis hin zu intensiver Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen. Auf dem Weg sind vielfältige Netzwerke und Kooperationen entstanden, die heute von der Dorfebene bis zur Weltbühne reichen. Auch daran, dass die Welternährungsorganisation FAO Agrarökologie inzwischen als ein zentrales Instrument für die Ernährungssicherheit ansieht, hat ENDA Pronat einen Anteil.

Die Netzwerke nutzen vielfältige Methoden und haben einen ganzheitlichen Ansatz. „Soziologen, Juristen, Agrarexperten, Bauern – alle arbeiten bei uns eng zusammen“, so die Koordinatorin der Organisation Mariam Sow. Oberstes Ziel von ENDA Pronat ist es, die Bevölkerungen des Globalen Südens ernährungssouverän zu machen. Dafür gibt es keinen Masterplan – aber Agrarökologie dient als Kompass. So kann die NRO flexibel auf die aktuelle Lage reagieren und hat dabei ihre Spielräume immer weiter ausgeweitet.

In den 1970er Jahren hatte Senegals Regierung auf die „Grüne Revolution“ gesetzt und den Erdnussexport gefördert, um die Entwicklung in den Städten zu finanzieren. Die Bäuer_innen wurden gedrängt, Hochertragssaatgut einzusetzen; subventionierte Düngemittel und Pestizide gab es im Doppelpack dazu. Die sozialen Folgen waren fatal: Viele Familienbetriebe verschuldeten sich und gerieten in einen Abwärtsstrudel. Auch die ökologischen Schäden durch Monokulturen und Agrochemikalien wurden immer sichtbarer. So gründete sich 1982 die zivilgesellschaftliche Initiative Pronat, um die ländliche Bevölkerung über die Folgen der grünen Revolution aufzuklären und mit ihnen Alternativen zu entwickeln – und fand in der von Forscher_innen gegründeten Initiative ENDA eine starke Partnerin.

Im Senegal hat ENDA Pronat etwa 45 Mitarbeiter_innen. Mit Studien, zum Beispiel über die Folgen des Einsatzes von Pestiziden, liefert der wissenschaftliche Arm der Organisation harte Fakten. Parallel betreiben Praktiker_innen vor Ort gemeinsam mit der Landbevölkerung Aktionsforschung. Dabei geht es um nachhaltige Anbaumethoden, aber auch um kommunalen Ressourcenschutz oder das Bodenrecht. Die bäuer-

lichen Familienbetriebe und ihre Interessensvertretungen sind direkt in die Forschung eingebunden, bringen ihr traditionelles Wissen ein und entscheiden, wie die Ergebnisse genutzt werden. Hauptziel ist es, die Fähigkeiten der Landbevölkerung zu stärken, selbst Dinge auszuprobieren, gemeinsam über die Ergebnisse zu reflektieren und dabei auch Probleme der Regierungsführung sowie die Ursachen von Armut zu erkunden. Die auf die Forschung folgende Aktion endet deshalb nicht unbedingt im Dorf – sie führt auch in die nationale Politik.

Ein Beispiel ist das Bodenrecht: Vom Gesetz her steht der Boden im Senegal denen zu, die darauf wirtschaften. Das „Loi de Domaine National" aus dem Jahr 1964 erklärt das Land zur Nationaldomäne – es darf somit weder verkauft noch verpachtet werden. Vielmehr sollen die Kommunen die Flächen zeitlich befristet an Ortsansässige vergeben. Vielfach aber fehlen entsprechende Verträge.

„Das liegt auch daran, dass Familien die Nutzungsgenehmigung als Kollektiv beanspruchen möchten und nicht einer Person übertragen wollen; aus diesem Grund haben viele ganz auf die Beantragung solcher Dokumente verzichtet", berichtet Jörg John vom Weltfriedensdienst. Dagegen bringen ausländische Interessent_innen nicht nur große Summen mit, sondern auch Anwält_innen, die die Nutzungsgenehmigungen juristisch als Landtitel absichern. Später kann dagegen nicht mehr vorgegangen werden, erklärt John, der viele Jahre im Senegal gelebt hat. Bis Ende 2012 gelangten so 16 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen im Senegal in ausländischen Besitz. Oft wurden lokale Gemeindevertreter_innen dabei

Eine junge Frau in der für Maisanbau bekannten Region Kedougou im Senegal © ENDA Pronat

unter Druck gesetzt, anderswo handelten religiöse Führer_innen oder lokale Verwalter_innen auch aus Eigeninteresse, meint John.

Drei Prozesse hat ENDA Pronat bereits gewonnen, davon einen vorm Obersten Gericht. Der Kontrakt

Bäuer_innen in der Gemeinde Yéne protestieren gegen Landgrabbing und Umsiedlungen.
© ENDA Pronat

mit einem marokkanischen Unternehmen, das mit Hilfe eines Präsidentendekrets 11.000 Hektar fruchtbares Land erhalten hatte, wurde rückabgewickelt. Entscheidend dazu beigetragen hat das juristische Gutachten eines senegalesischen Professors, das der Weltfriedensdienst finanziell unterstützt hat.

So wichtig solche Präzedenzfälle auch sind – die Ursachen von Landgrabbing in kleinem und großem Maßstab liegen im Bodenrecht und seiner praktischen Umsetzung. Gemeinsam mit vielen weiteren Akteur_innen erarbeitete ENDA Pronat deshalb präzise Vorschläge für eine Bodenrechtsreform. Die lokale Bevölkerung wird dabei immer konsultiert. Viele Vorschläge fanden Eingang in eine Gesetzesnovelle der Bodenrechtskommission. Präsident und Parlament haben das Gesetz zwar einstweilen auf Eis gelegt, aber die Bevölkerung ist durch die Prozesse mobilisiert. Vielerorts haben sich Plattformen gegen Landgrabbing gebildet. Sobald jemand Land kaufen will, informieren die Bäuer_innen die Netzwerke und organisieren Protestmärsche unter dem Motto „Hände weg von unserer Erde“.

Nach der Bewegung für ein faires Bodenrecht startete ENDA Pronat auch eine Initiative zur landesweiten agrarökologischen Transformation. Eine Multi-Akteurs-Partnerschaft organisierte Bürger_innenforen, deren Vorschläge schließlich zu einem politischen Konzept kondensiert wurden. Der Staatspräsident hat jetzt den Unterbau für die proklamierte agrarökologische Wende. Rückenwind kommt dabei von der FAO, die den Senegal inzwischen als ein Pilot- und Vorreiterland für die Entwicklung eines agrarökologischen Ansatzes ausgewählt hat. „Wir wollen, dass der Staat unsere Allianz langfristig als ebenbürtigen Kooperationspartner und Verbündeten ansieht“, benennt Sow ihr Ziel. Auch auf internationaler Ebene denkt sie an die nächsten Schritte: Im März 2022 wird das Weltwasserforum in Dakar tagen. Die NRO will dort Wasser, Boden und Biodiversität als Schlüsselressourcen der Landwirtschaft thematisieren und die große Bühne für weitere Vorschläge nutzen.

Dieser Beitrag entstand auf Basis von Interviews mit Mariam Sow von ENDA Pronat sowie Jörg John und Hans Jörg Friedrich vom Weltfriedensdienst.

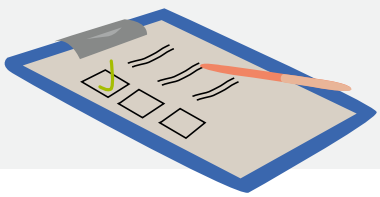
RENTE FÜR ALLE

Tansania Senior_innen erhalten Freiräume, um sich zu engagieren

HelpAge International und Kwa Wazee

Während sich viele NRO um die Interessen von Kindern kümmern, finden die Belange von alten Menschen wenig Beachtung. Eine Ausnahme ist das internationale Netzwerk HelpAge, das sich für flächendeckende Rentensysteme in ostafrikanischen Ländern einsetzt. In Sansibar, einem halbautonomen Teilstaat Tansanias, ist das 2016 gelungen. Zuvor hatte HelpAge ausgewählten alten Menschen Sozialrenten gezahlt und die Bildung von Selbsthilfe- und Spargruppen unterstützt. Finanziert wurde diese Arbeit durch Spenden aus Europa. Lokale Organisationen entwickelten dann Strukturen auf Distrikts-, Provinz- und Landesebene und konnten am Ende eine allgemeine Regelung zur Auszahlung von Renten erreichen. Andere Länder wie Uganda und Malawi interessieren sich inzwischen für die gewonnenen Erfahrungen.

»Die Befreiung von existenziellen Sorgen ermöglicht den alten Menschen nicht nur, sich besser zu ernähren und intensiver um die Enkel zu kümmern. Es setzt auch Kräfte bei ihnen frei.«



In Tansania steht die Einführung von allgemeinen Renten noch aus, auch wenn die Regierung sie seit 2010 mehrfach angekündigt hat. NRO setzen sich intensiv dafür ein, dass sie dieses Versprechen endlich umsetzt. Schließlich zeigen lokale Projekte, dass schon geringe Sozialrenten enorme Wirkung erzielen können: In zwei Orten unterstützt HelpAge die NRO Kwa Wazee (Swahili: „für die Alten"), die mittellosen Senior_innen monatlich

Die Auszahlung von Sozialrenten an ältere Menschen verbessert deren Lebenssituation. © HelpAge

In den sogenannten OPAs (Older People Associations) in Tansania kommen ältere Menschen zusammen und stimmen über gemeinsame Aktivitäten ab. © HelpAge

umgerechnet 7 Euro zahlt. Für Enkel gibt es zusätzliches Geld, weil viele Großmütter gezwungen sind, die Kinder ihrer an HIV/Aids verstorbenen Söhne und Töchter aufzuziehen. Die Befreiung von existenziellen Sorgen ermöglicht den alten Menschen nicht nur, sich besser zu ernähren und intensiver um die Enkel zu kümmern. Es setzt auch Kräfte bei ihnen frei: Sie organisieren sich in Selbsthilfegruppen zur Einkommensverbesserung, zu Gesundheits- und Rechtsschutz und setzen sich gemeinsam für praktische Verbesserungen ein. Dazu gehört die Verteilung von Ausweisen, die den kostenlosen Zugang älterer Menschen zu medizinischen Dienstleistungen ermöglicht. Außerdem hat die Distriktregierung erstmals einen größeren Posten im Haushalt explizit für Belange dieser Altersgruppe reserviert. Auch die Sozialministerin kennt das Projekt und ist voll des Lobes.

Dieser Beitrag entstand mit Unterstützung von HelpAge.

EMPOWERMENT FÜR LOKALE GEMEINSCHAFTEN

Weltweit **Menschen erkennen ihre Rechte und setzen sie durch**

World Vision

Papier ist geduldig. Viele Gesetze sowie nationale und internationale Verordnungen versprechen den Schutz von Menschenrechten, Zugang zu Bildung für alle, ausreichende soziale Absicherung und Gesundheitsversorgung. Die Realität sieht oft völlig anders aus – und in vielen Ländern und Regionen wissen die Menschen oft nicht, welche Rechte sie haben und was ihnen offiziell zusteht. Hier setzt World Vision mit seinem Ansatz „Citizen Voice and Action" (CVA) an. Dabei handelt es sich um eine weltweit inzwischen mehrere hundert Male eingesetzte Methode, mit der lokale Gruppen und Gemeinden ihre Rechte erkennen und durchsetzen können.

„Wir hatten festgestellt, dass es zwar auf internationaler und nationaler Ebene viel Advocacy-Arbeit für vulnerable Gruppen gibt, nicht aber auf lokaler Ebene. Auf dieser letzten Meile aber finden Bildung, Gesundheitsvorsorge und vieles andere konkret statt", erklärt Stefan Sengstmann aus der World Vision Programmabteilung. Deshalb hat die Hilfsorganisation im Jahr 2005 neben Nothilfe und langfristigen Projekten auch lokale politische Arbeit als dritte Säule etabliert.

Die CVA-Methode besteht aus drei Phasen: Erstens werden lokale Kapazitäten aufgebaut, zweitens der wichtigste Änderungsbedarf identifiziert und Lösungen gefunden und drittens diese auf politischer Ebene durchgesetzt. Zunächst vermitteln von World Vision ausgebildete Trainer_innen, die die lokale Sprache sprechen und mit der jeweiligen Kultur vertraut sind, Informationen und grundlegende Rechtskenntnisse: Was steht jeder und jedem zu? Welche Menschen und Bürgerrechte hat jede_r Einzelne – und wie lässt sich das alles einfordern?

In Workshops legen die Communities gemeinsam ihre Prioritäten fest. © World Vision

„Für den Ansatz und die Trainings braucht es gute Planung und viel Fingerspitzengefühl, weil es darum geht, das Vertrauen der Menschen zu

gewinnen“, erklärt Fiona Uellendahl, Politikreferentin bei World Vision Deutschland. Je nach Bedarf und Einschätzung finden die Versammlungen und Trainings deshalb gemeinsam oder in getrennten Frauen-, Männer-, Jugend- und Kindergruppen statt. Für die Diskussion gibt es leicht verständliche Piktogramme, die auch denjenigen ermöglichen mitzuwirken, die nicht oder nur schlecht lesen und schreiben können. Ziel ist, dass alle sich trauen, ihre Sichtweise einzubringen.

Anschließend tragen die Gruppen zusammen, woran es in ihrem Ort mangelt und welchen Bedarf sie sehen. Fehlt es an Lehrkräften oder Gesundheitspersonal, sind nicht genügend Hebammen vor Ort, gibt es keine Dämme, die die Felder vor Überflutung schützen? Oder steht die Verbesserung von Wasserqualität und Sanitäreinrichtungen ganz oben auf der Liste, weil viele Kinder im Dorf ständig an Durchfall erkranken? Hat sich die lokale Gemeinschaft über die drängendsten Probleme geeinigt, wird eruiert, welche nationalen Programme existieren, welche Mindestausstattung darin vorgesehen war und wie die Realität aussieht. Oft klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Manchmal gibt es für die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse auch noch gar keine staatlichen Regeln. Dann überlegt die Community, wie diese idealerweise aussehen sollten. Gemeinsam finden die Beteiligten außerdem heraus, welche Netzwerke zu dem Thema bereits bestehen und wer eingebunden werden müsste, damit es vorangeht.

In der dritten Phase treffen die inzwischen gut vorbereiteten Gemeindemitglieder mit lokalen oder regionalen politischen Entscheidungsträger_innen und Vertreter_innen von Institutionen und

Als Ergebnis des CVA-Prozesses forderte eine Dorfgemeinschaft in Nordindien von der Regierung die Finanzierung einer Hebamme – mit Erfolg: Wilfreda (links) arbeitet nun im Dorf. © World Vision

staatlichen Organisationen zusammen, um einen Aktionsplan mit klaren Zielen zu verabreden. Zwischenschritte und Verantwortlichkeiten werden bei diesen Versammlungen ebenfalls festgelegt. Bei den Treffen geht es weniger darum, politische Entscheidungsträger_innen unter Druck zu setzen, sondern vielmehr, sie mit einzubeziehen und einzubinden. „Politisch Verantwortliche sehen die Probleme ja oft selbst und können die Initiativen nutzen, um sich auf der Distriktebene besser durchzusetzen“, so Uellendahl.

Lassen sich die Probleme nicht lokal beheben, identifizieren die Beteiligten die Fehler im System. Dann versuchen sie, sich mit anderen zu vernetzen und politische Initiativen zu starten. „Alle unsere Methoden sind Open Source. Wenn eine Community sie erlernt hat, finden wir es wunderbar, wenn sie an andere weitervermittelt werden“, sagt Uellendahl. Durch CVA haben sich lokale und benachteiligte Bevölkerungsgruppen auch schon direkt bei Gesetzgebungsprozessen eingebracht. So haben in Uganda beispielsweise gute Dokumentation und ein starkes Advocacy-Netzwerk die Regierung dazu gebracht, 8.000 zusätzliche Gesundheitskräfte zu finanzieren.

„Das Ganze ist ein ständiger Lernprozess. Am Anfang klappte beispielsweise die Verknüpfung der lokalen und nationalen Strukturen noch nicht so gut, mittlerweile jedoch gelingt dies wunderbar“, berichtet Sengstmann. „Wichtig ist vor allem, dass sich die lokale Bevölkerung in den Prozessen sicher fühlt, eine offene Atmosphäre herrscht und die Ergebnisse auf höherer Ebene später wieder nach unten zurückgespielt werden.“

World Vision hat weltweit Länderbüros mit lokalem Personal, die unabhängig agieren. Dadurch genieße die NRO hohe Glaubwürdigkeit bei der einheimischen Bevölkerung und ihre Arbeit werde in der Regel auch nicht als Eingriff aus dem Ausland wahrgenommen, berichtet Sengstmann.

Die Regionalentwicklungsprogramme von World Vision haben normalerweise eine Laufzeit von 12 bis 13 Jahren; dann sollen langfristig tragfähige Strukturen entstanden sein. World Vision finanziert sich in erster Linie durch Spenden sowie aus öffentlichen Mitteln, unter anderem vom BMZ und von der Europäischen Union. Die Geschäftsstelle in Deutschland fokussiert sich auf die Bereiche Mitteleinwerbung und Qualitätssicherung bei der Implementierung der Projekte und bringt die Themen der Menschen vor Ort auch in die deutsche und internationale Politik ein.

Dieser Beitrag entstand auf Basis von Interviews mit Fiona Uellendahl und Stefan Sengstmann von World Vision.

ANHANG

DANKSAGUNGEN

Wir danken unseren Interviewpartner_innen und Unterstützer_innen für ihre Zeit und Offenheit

Detlef Stüber, ↘ Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW)

Anusha, Maruthupandi & Padma, ↘ Children Movement for Climate Justice (CMCJ)

Rukmini Rao, ↘ Centre for World Solidarity (CWS)

Mercy Kwamboka Oseko & Wairimu Munyinyi-Wahome, ↘ Coalition On Violence Against Women (COVAW)

Wahyu Wagiman, Lembaga Studi dan Advokasi Masyarakat (ELSAM)

Mariam Sow, ↘ ENDA Pronat

Leonie Brandl, ↘ Handicap International

Jürgen Focke, ↘ HelpAge Deutschland

Evelyn Bahn, ↘ INKOTA-netzwerk

Arul Raj Daje & Frank Mischo, ↘ Kindernothilfe

Klaus Jetz, ↘ Lesben- und Schwulenverband (LSVD)

Barbara Horstmann, ↘ medica mondiale

Elmar Noé & Vincent Neussl, ↘ MISEREOR

James Yarsiah, ↘ Rights & Rice Foundation (RRF)

Sandra Kwabea Sarkwah, ↘ Social Enterprise Development Foundation of West Africa (SEND)

Ralf Willinger, ↘ terre des hommes

Hans Jörg Friedrich & Jörg John, ↘ Weltfriedensdienst

Constanze von Oppeln, ↘ Welthungerhilfe

Fiona Uellendahl & Stefan Sengstmann, ↘ World Vision

QUELLEN UND WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Advocacy Accelerator
↘ https://advocacyaccelerator.org/advocacy-accelerator-library/

Barrett, Jennifer B.; van Wessel, Margit; Hilhorst, Dorothea
Advocacy for Development: Effectiveness, Monitoring and Evaluation.
Wageningen University. Wageningen, 2016.
↘ https://library.wur.nl/WebQuery/wurpubs/fulltext/375995

Brot für die Welt
Wirkungsorientierung von Advocacy. Eine Handreichung für Planung, Monitoring und Evaluierung von Advocacy-Arbeit.
Stuttgart, März 2012.
↘ https://www.fakt-consult.de/sites/default/files/downloads/dialog_08_wirkungs-orientierung_von_advocacy_0.pdf

Brot für die Welt
Atlas der Zivilgesellschaft.
Berlin, 2021
↘ https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/

CARE International
The CARE International Advocacy Handbook.
Genf, Mai 2014.
↘ https://www.careinternational.org/files/files/Care%20International%20Advocacy%20Handbook.pdf

CIVICUS
Monitor- Tracking civic space.
↘ https://monitor.civicus.org/

Coffman, Julia; Beer, Tanya
The Advocacy Strategy Framework. A tool for articulating an advocacy theory of change.
In: Center for Evaluation Innovation.
Washington D.C., März 2015.
↘ https://www.evaluationinnovation.org/wp-content/uploads/2015/03/Adocacy-Strategy-Framework.pdf

Collective Leadership Institute
The Dialogic Change Model.
Potsdam, 2021.
↘ https://www.collectiveleadership.de/blog/article/the-dialogic-change-model/

CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung; Forum Menschenrechte; VENRO
Anforderungen an wirkungsvolle Multi-Stakeholder-Initiativen zur Stärkung unternehmerischer Sorgfaltspflichten. Empfehlungen aus Sicht der Zivilgesellschaft.
Berlin, Juli 2020.
↘ https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionspapiere/venro-positionspapier-wirkungsorientierung.pdf

Deutsches Institut für Menschenrechte
Factsheet: Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention.
Berlin, April 2020.
↘ https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Fact_Sheet/Factsheet_UN-KRK.pdf

Deutschlandfunk Nova
Deutsche Exporte. Deutsche Firmen profitieren vom Waffenboom in Brasilien.
Köln, Dezember 2020.
↘ https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/waffen-in-brasilien-exporte-des-deutschen-herstellers-sig-sauer

DVV International
Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes.
Strategische Handlungsfelder DVV International.
Bonn, 2017.
↘ https://www.dvv-international.de/fileadmin/files/Inhalte_Bilder_und_Dokumente/Materialien/Fach-_und_Positionspapiere/DVVI_Strategische_Handlungsfelder_2017.pdf

Folha de S.Paulo
Polícia mata mais homens, negros e jovens no estado de São Paulo.
São Paulo, 2018.
↘ https://www1.folha.uol.com.br/cotidiano/2018/05/policia-mata-mais-homens-negros-e-jovens-no-estado-de-sao-paulo.shtml

FIAN International
Landgrabbing und Menschenrechte: Die Rolle von EU-Akteuren im Ausland.
Heidelberg, Juni 2017.
↘ https://www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/Land_Grabbing/2017_Landgrabbing_und_Menschenrechte.pdf

Freedom House
↘ https://freedomhouse.org/

HEKS Hilfswerk der evangelischen Kirchen Schweiz
Konzept: Advocacy in der Entwicklungszusammenarbeit.
Zürich, April 2011.
↘ https://www.heks.ch/sites/default/files/documents/2017-01/HEKS_Konzept_Advocacy.pdf

INKOTA-netzwerk
Make Chocolate Fair! Kampagne.
↘ http://de.makechocolatefair.org/

INKOTA-netzwerk
Menschenrechtsverletzungen im Kakaoanbau - Warum wir ein Lieferkettengesetz brauchen
Berlin, Oktober 2019.
↘ https://webshop.inkota.de/node/1590

Kindernothilfe
30 Jahre Kinderrechtskonvention- Kinderrechte dürfen keine Träume bleiben. Die Bedeutung der Advocacy- Arbeit der Kindernothilfe und ihrer Partnerorganisationen für die Verwirklichung von Kinderrechten.
Duisburg, November 2019.
↘ https://www.kindernothilfe.de/studie_30jahre_kinderrechtskonvention

Lifeline Embattled CSO Assistance Fund
Special Report 2020. Advocacy in Restricted Spaces: A Toolkit for Civil Society Organizations.
June 2020.
↘ https://www.csolifeline.org/advocacy-toolkit

Morariu, Johanna; Brennan, Kathleen
Effective Advocacy Evaluation: The Role of Funders. In: The Foundation Review, Vol 1:3, S.100-108.
Grand Valley State University, Allendale, 2009.
↘ http://www.pointk.org/client_docs/File/advocacy/fdn_rev_morariu_brennan.pdf

Oxfam Deutschland
Gemeinsam für eine gerechte Welt. Strategischer Plan 2020-2030.
Berlin, 2020.
↘ https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_deutschland_strategie_2020_2030_gemeinsam_fuer_eine_gerechte_welt.pdf

Oxfam International
Influencing for Impact Guide. How to deliver effective influencing strategies.
September 2020.
↘ https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621048/gd-influencing-for-impact-guide-150920-en.pdf?sequence=1

Pact
Politically Smart Advocacy Manual.
Washington, D.C., April 2018.
↘ https://www.pactworld.org/library/politically-smart-advocacy-manual

Plan International Deutschland
Zielbereich „Leiten".
↘ https://www.plan.de/ziele-und-visionen/leiten.html

Stockholm International Peace Research Institute
SIPRI Arms Transfers Database.
Solna, März 2020.
↘ https://www.sipri.org/databases/armstransfers

terre des hommes Deutschland & terre des hommes schweiz
Hört auf uns zu töten! Polizeigewalt gegen Kinder und Jugendliche in Brasilien und Waffenhandel.
Juni 2021.
↘ https://www.tdh.de/fileadmin/user_upload/inhalte/10_Material/Themeninfos/Polizeigewalt_Brasilien_D_210602_FINAL.pdf

The African Union Commission
Protocol to the African Charter on Human and Peoples' Rights on the Rights of Persons with Disabilities in Africa.
Addis Abeba, 2021.
↘ https://au.int/sites/default/files/treaties/36440-treaty-protocol_to_the_achpr_on_the_rights_of_persons_with_disabilities_in_africa_e.pdf

van Wessel, Margit
Narrative Assessment: A new approach to evaluation of advocacy for development. In: Evaluation Vol. 24(4). S.400- 418.
Wageningen University, Wageningen, Oktober 2018.
↘ https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/1356389018796021

VENRO
Arbeitsgruppe „Stärkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume" und Publikationen.
↘ https://venro.org/themen/shrinking-space

VENRO
Handreichung. Was macht Capacity Development von NRO erfolgreich? Herausforderungen im Kontext von Krisen, Fragilität und Shrinking Spaces.
Berlin, 2017.
↘ https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Diskussionspapiere/CapacityDevelopment_v06_DIGITAL.pdf

VENRO
Leitlinien. VENRO-Leitlinien für Entwicklungspolitische Projekt- und Programmarbeit.
Berlin, 2019.
↘ https://venro.org/publikationen/detail/venro-leitlinien-fuer-entwicklungspolitische-projekt-und-programmarbeit

VENRO
Positionspapier. Von der Wirkungsbeobachtung zur Wirkungsorientierung.
Für eine wirksame entwicklungspolitische Programmarbeit und Humanitäre Hilfe.
Berlin, 2020.
↘ https://venro.org/publikationen/detail/von-der-wirkungsbeobachtung-zur-wirkungsorientierung

VENRO
Stellungnahme. Zivilgesellschaft stärken durch verbesserte Förderbedingungen. Stellungnahme zur Reform der Förderbedingungen für Private Träger.
Berlin, 2021.
↘ https://venro.org/publikationen/detail/zivilgesellschaft-staerken-durch-verbesserte-foerderbedingungen

VENRO-MITGLIEDER

A

action medeor
ADRA Deutschland
AGIAMONDO
Aktion Canchanabury
Aktion gegen den Hunger gGmbH*
AMICA e.V.
ANDHERI-HILFE e.V.
Apotheker helfen e.V
Apotheker ohne Grenzen e.V.
Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
arche noVa
Ärzte der Welt
ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
AT-Verband
AWO International

B

Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
BONO-Direkthilfe
BORDA e.V.
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
Bundesvereinigung Lebenshilfe

C

CARE Deutschland e.V.
Caritas International
Casa Alianza - Kinderhilfe Guatemala
CHANGE e.V.
ChildFund Deutschland
Christliche Initiative Romero
Christoffel-Blindenmission Deutschland

D

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
Das Hunger Projekt
DED-Freundeskreis
Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
Deutsche Kommission Justitia et Pax
Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Deutsch-Syrischer Verein e.V. (DSV)
DGB-Bildungswerk BUND – Nord-Süd-Netz
Difäm – Deutsches Institut für Ärztliche Mission
Don Bosco Mondo
DVV International – Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes

E

Eine Welt Netz NRW
EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
EPIZ – Zentrum für Globales Lernen in Berlin
Erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung
Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)

F

Fairventures Worldwide
FIAN Deutschland
Forum Fairer Handel
FUTURO SÍ

G

gemeinnützige energypedia UG
Gemeinschaft Sant´Egidio
German Doctors
German Toilet Organisation
Germanwatch
GLS Zukunftsstiftung Entwicklung

H

Habitat for Humanity Deutschland
Handicap International
Help – Hilfe zur Selbsthilfe
HelpAge Deutschland
Hilfe für Afrika e.V.
Hoffnungszeichen / Sign of Hope
humedica

I

Indienhilfe
INKOTA-netzwerk
Internationaler Bund (IB)
Internationaler Hilfsfonds
International Justice Mission Deutschland
Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
Islamic Relief Deutschland

J

JAM Deutschland
Johanniter-Auslandshilfe

K

KAIROS Europa
Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
Kinderhilfswerk Stiftung Global-Care
Kindernothilfe
Kinderrechte Afrika
KOLPING International Cooperation e.V.

L

Lateinamerika-Zentrum
Lesben- und Schwulenverband (LSVD)
Lichtbrücke

M

Malteser International
Marie-Schlei-Verein
materra – Stiftung Frau und Gesundheit
medica mondiale
medico international
MISEREOR
Mission East Deutschland e.V.
Missionsärztliches Institut Würzburg

N

NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e.V.
Neuapostolische Kirche-karitativ e.V.
nph Kinderhilfe Lateinamerika e.V.

O

OIKOS EINE WELT e. V.
Ökumenische Initiative Eine Welt e.V.
Opportunity International Deutschland
Ora International Deutschland
OroVerde – Die Tropenwaldstiftung
Oxfam Deutschland

P

Partnership for Transpareny Fund e.V. (PTF Europe)*
Plan International Deutschland

R

Rhein-Donau-Stiftung

S

SALEM International
Samhathi – Hilfe für Indien
Save the Children Deutschland
Senegalhilfe-Verein
Senior Experten Service (SES)
Society for International Development Chapter Bonn (SID)
SODI – Solidaritätsdienst International
SOS-Kinderdörfer weltweit
Stiftung Childaid Network
Stiftung der Deutschen Lions
Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
Stiftung Kinderzukunft
Stiftung Nord-Süd-Brücken
SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
Susila Dharma – Soziale Dienste

T

Tearfund Deutschland e.V.*
Terra Tech Förderprojekte
TERRE DES FEMMES
terre des hommes Deutschland
Tierärzte ohne Grenzen (ToG)
TransFair

V

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungs-organisationen Brandenburgs (VENROB)
Verein entwicklungspolitischer Austausch-organisationen e.V. (ventao)

W

W. P. Schmitz-Stiftung
WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
Weltfriedensdienst
Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee
Welthaus Bielefeld
Welthungerhilfe
Weltladen-Dachverband
Weltnotwerk der KAB Deutschlands
Werkhof Darmstadt
Werkstatt Ökonomie
World University Service
World Vision Deutschland

* Gastmitglied

VENRO hat aktuell 141 Mitglieder. (Stand: Juli 2021)

IMPRESSUM

Herausgeber:
Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Stresemannstr. 72
10963 Berlin
Telefon: 030/2 63 92 99-10
Fax: 030/2 63 92 99-99
E-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

Autorin: Annette Jensen
Redaktion: Katharina Stahlecker
Lektorat: Julia Jahnz
Illustrationen: Fabian Hickethier, Anky Brandt
Layout und Infografiken: BAR PACIFICO/
Etienne Girardet & Fabian Hickethier, Jan Münz

Webversion
Berlin, Dezember 2021

Diese Publikation wurde gefördert durch
ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein VENRO verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören aktuell rund 140 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- → vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik
- → stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und Humanitären Hilfe
- → schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische und humanitäre Themen und für eine nachhaltige Entwicklung

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen

www.venro.org